

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando
 Vierteljährlich 3.90 M., monatlich 1.30 M.,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit Illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.20 Mark pro Monat.
 Entgegengenommen in die Post-Verkehrs-
 Anstalt. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1894.

Die Inertions-Gebühr
 beträgt für die festgesetzte Rollen-
 geizle oder deren Raum 50 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Berichts-
 und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das festgesetzte
 Wort 20 Pf. (zuzüglich 2 festgesetzte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Einmalige und Einmalige An-
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 3. August 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Neutralen.

Als Grey erklärte, Englands Handel würde nicht viel weniger leiden, wenn England neutral bleibe, dachte er wohl bloß an einen kurzen Krieg und an die ersten Wirtschaftsstörungen, die durch einen Weltkrieg verursacht werden müßten. Nun ist es aber anders gekommen. Der Krieg dauert schon zwei Jahre. Der englische Export hat aber erst im Juni die entsprechenden Zahlen von 1913 überstiegen, und zwar bloß um 7,4 Millionen Pfund. Ganz anders haben sich die Verhältnisse in den neutralen Ländern entwickelt. Zwar dauerte die Kriegskrise hier länger als in den kriegsführenden Ländern an; lange nachdem die Industrie in den kriegsführenden Ländern sich den neuen Bedürfnissen angepaßt hatte, sah noch die Industrie der neutralen Länder schwere Tage. Heute aber besteht in den neutralen Staaten tatsächlich eine Hochkonjunktur, während in den kriegsführenden Ländern die Kurve schon zu neigen beginnt. Wie ein Ungeheuer vernichtete der Krieg zunächst alles, was ihm am nächsten stand, griff dann aber auch nach den neutralen Ländern über und zog aus ihnen, was er bekam.

So hat sich der Welthandel im Kriege so gestaltet, daß die Einfuhr der kriegsführenden Länder gewaltig angeschwollen, während umgekehrt ihre Ausfuhr zusammengeschrumpft ist. Dagegen übersteigt die Ausfuhr der neutralen Länder ihre Einfuhr ganz beträchtlich. Diese Erscheinung tritt besonders deutlich zu Tage, wenn man die Handelszahlen Englands oder Frankreichs mit denen der Vereinigten Staaten Amerikas vergleicht. England hatte im ersten Halbjahr 1916 einen Einfuhrüberschuß von 178,98 Millionen Pfund (3,6 Milliarden Mark); Frankreich in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres einen solchen von 2,29 Milliarden Frank. Dagegen weisen bekanntlich die Vereinigten Staaten einen gewaltigen Ausfuhrüberschuß auf, im letzten Zolljahre einen solchen von 2265 Millionen Dollar.

Die gleiche Erscheinung läßt sich für alle neutralen Länder feststellen. Obgleich ihr Handel auf große Schwierigkeiten stößt, die ihnen immer von neuem gemacht werden, zeigt er dennoch einen recht günstigen Verlauf. So ist beispielsweise die Ausfuhr der Schweiz von 1376,4 Millionen im Jahre 1913 auf 1670,1 Millionen Frank im Jahre 1915 gestiegen. Die Einfuhr blieb auch 1915 noch größer als die Ausfuhr, aber nur um ein geringes, nämlich um rund 10 Millionen Frank, während der Einfuhrüberschuß von 1913 5,43 Millionen betrug. Die Schweiz hat darum auch einen Einfuhrüberschuß von Edelmetall von fast 41 Millionen Frank (1913 von 23,6 Millionen).

Auch sonst ist die Konjunkturlage in der Schweiz wie in den anderen neutralen Ländern recht günstig. Das macht sich in dem Ausleben der Gründungsstätigkeit, Entlastung des Arbeitsmarktes u. a. m. bemerkbar. Indes scheinen die Vorräte der neutralen Länder in Europa zur Neige zu gehen und die Zufuhr wird immer schwieriger. Dadurch geraten sie in eine recht unangenehme Lage, die für die Schweiz, die gänzlich von der Zufuhr von Rohstoffen abhängt, verhängnisvoll werden könnte.

Überblickt man die Entwicklung des schweizerischen Handels vor dem Kriege, so kann man leicht feststellen, daß die Schweiz seit dem Zollkriege mit Frankreich sich immer mehr an Deutschland angeschlossen hat. Von 1904 bis 1913 ist die Einfuhr aus Deutschland um 66 Proz., die aus Frankreich aber bloß um 10 Proz. gestiegen. Dabei zieht Deutschland einen gewaltigen Nutzen aus dem Handel mit der Schweiz. Nach der deutschen Handelsstatistik hat sich die Einfuhr Deutschlands aus der Schweiz von 1890 bis 1913 kaum erhöht (um 23 Proz.), während die Ausfuhr dorthin sich in dieser Zeit mehr als verdreifacht hat und 1913 die Einfuhr um 322,8 Millionen Mark oder um 151 Proz. überstiegen. Ein sehr großer Teil der schweizerischen Käufe aus Deutschland besteht aus Fabrikaten (mehr als die Hälfte). Allein aus Deutschland bezieht die Schweiz fast doppelt soviel Fabrikate als aus allen Bierverbandsländern zusammen. Es ist begreiflich, warum gerade Deutschland besonders stark an der Aufrechterhaltung guter Handelsbeziehungen mit der Schweiz interessiert ist. Diese dauernden und wichtigen Interessen dürfen wegen momentaner Vorteile eben nicht übersehen werden.

In der schweizerischen wie in der Presse der anderen neutralen Länder wird jetzt die Frage eines Zusammengehens der neutralen Länder gegenüber einem eventuellen Handelskrieg zwischen den kriegsführenden Mächtegruppen besprochen. Die Möglichkeit eines solchen Zusammenchlusses ist nicht einfach von der Hand zu weisen und sie wird hoffentlich dazu beitragen, den Eifer zu einem Handelskrieg zu dämpfen. Aber auch noch in einer anderen Hinsicht erwachsen der Industrie der kriegsführenden Länder schwere Gefahren, wenn der Krieg noch lange dauert oder wenn er in der Form eines Handelskrieges fortgesetzt wird. Immer größer wird die Konkurrenz, die ihr in den neutralen Ländern erwächst. Zunächst flüchtet sich das Kapital der kriegsführenden Länder selbst nach den neutralen Ländern, wo es frei wirtschaften kann. Dann suchen die neutralen Staaten die einheimische Industrie zu fördern. Von den Vereinigten Staaten abgesehen, die in der Zukunft den ersten Platz unter den Industrieländern einnehmen werden, zeigen auch die anderen Länder eine rege Tätigkeit auf dem Gebiete der Industrie. So machte sich beispielsweise in China 1915 eine vermehrte

Herstellung von chinesischen Baumwollgarn und Baumwollwaren bemerkbar, die auch guten Absatz fanden. Zurzeit arbeiten dort 30 Webereien mit über einer Million Spindeln und 4610 Stühlen und einer Herstellungsfähigkeit von 700 000 Ballen Garn und 1,38 Millionen Stück Stoffe zu 40 Yards.

In Brasilien sind sogar Farbenfabriken gegründet worden und man sucht die eigenen Eisenerze an Ort und Stelle zu verwerten.

Ähnliche Nachrichten, wenn auch vorläufig noch spärlich, kommen auch aus den anderen Ländern. Man darf darum wohl annehmen, daß, falls der Krieg lange dauert, die neutralen Länder eine eigene Industrie ausbilden werden, so daß die Industrie der kriegsführenden Länder vor ganz neuen Wettbewerbsbedingungen stehen werde. Der Krieg ist eine Dampfwalze: die einen erdrückt und vernichtet er und macht sie dem Boden gleich; für die anderen schafft er umgekehrt neue Entwicklungswege. Den größten Nutzen aus ihm werden die außereuropäischen Agrarländer ziehen, denen er die wirtschaftliche und für einige auch die politische Selbstständigkeit bringen wird. (2)

Neuregelung des Oberbefehls im Osten.

Amtlich. Berlin, 2. August. (B. L. Z.) Während der Anwesenheit Seiner Majestät des Deutschen Kaisers an der Ostfront hat in Übereinstimmung mit seiner k. u. k. apostolischen Majestät eine neue Regelung der Befehlsverhältnisse dort stattgefunden, die der durch die allgemeine russische Offensive geschaffenen Lage Rechnung trägt. Unter Generalfeldmarschall v. Hindenburg wurden mehrere Heeresgruppen der Verbündeten zu einheitlicher Verwendung nach Vereinbarung der beiden obersten Heeresleitungen zusammengestellt.

Wien, 2. August. (B. L. Z.) Die Zusammenfassung mehrerer Heeresgruppen der Verbündeten unter Generalfeldmarschall von Hindenburg wird hier amtlich in demselben Wortlaut gemeldet wie von deutscher Seite.

Ein italienisches U-Boot erbeutet.

Wien, 2. August. (B. L. Z.) Amtlich wird gemeldet: Ereignisse zur See.

Das italienische Unterseeboot „Giacinto Pullino“ fiel in der nördlichen Adria in unsere Hände und wurde fast ganz unbeschädigt nach Pola geschleppt. Die gesamte Besatzung, bestehend aus drei Offizieren und 18 Mann, wurde unverwundet gefangen genommen. Flottenkommando.

Entspannung in Rumänien?

Frankfurt a. M., 2. August. (B. L. Z.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel von heute: Nach guten aus Bukarest vom heutigen Tage vorliegenden Nachrichten, ist in der diplomatischen Lage in Rumänien, die am Sonnabend zur höchsten Spannung gediehen war, zweifellos eine Entspannung eingetreten.

Die Kriegsziele des National-Ausschusses.

Der Alldeutschen-Presse entnehmen wir folgende Berichte: Südekum in Mannheim. Geheimrat Eberhard Gothein führte aus, daß nicht zum Festschließen der 1. August angestanden sei, daß er vielmehr von neuem ein Bekenntnis der Entschlossenheit des deutschen Volkes nach außen und der Geschlossenheit im Innern sein sollte. Gerade in diesem Sinne begrüße er es, daß ein Vertreter der Sozialdemokratie vor der Bürgerschaft Mannheims das Wort ergreife. Reichstagsabgeordneter Dr. Südekum begann mit einem sehr warm empfundenen Dank an die tapferen Kämpfer, zu deren Ehren sich zu erheben er die Veranstaltung hat. Jeder Mensch, sagte er dann, unter den kriegsführenden Völkern ist heute von Friedenssehnsucht erfüllt. Aber die Regierungen der Feinde gestatten diesem Gefühle noch heute keinen Einfluß auf ihre Handlungen. Noch immer zielen sie auf die Vernichtung Deutschlands ab. Wir könnten freilich den Frieden haben, wenn wir die demütigenden Bedingungen von ihnen annehmen; aber daran ist nicht zu denken. So heißt es für unser Volk draußen wie daheim, weiter durchzuhalten bis zu dem Ende, das unserem Vaterland seinen Bestand und seine Entfaltung sichert. Gewaltige Aufgaben wird unser Volk, in dem jeder einzelne sich durch den Krieg als Staatsbürger hat fühlen lernen, nach dem Kriege zu lösen haben. Wir hoffen, daß der Geist der Erneuerung in jedem einzelnen das Pflicht- und Verantwortungsgefühl wachruft, an seinem Teil an diesen Aufgaben mitzuwirken. So, hoffen wir, wird aus dem großen Erlebnis Deutschland mit Freude und Zuversicht in eine große Zukunft eintreten.

Dr. August Müller, das sozialdemokratische Mitglied des Kriegsernährungsamtes, bezeichnete in Viefelfeld als den Brennpunkt des ganzen Weltkrieges die Dardanellenfrage. Müller meinte, daß Deutschlands Lebensinteressen den Russen den Besitz von Konstantinopel nicht gestatten könne. Andererseits sei zu verstehen, wenn Rußland, das 70 Proz. seiner Getreide- und Produktions durch die Dardanellen ausführe, deren Erhaltung intensiv anstrebe. Vielleicht sei es möglich, über die Dardanellenfrage zwischen Deutschland und Rußland zu einer vorläufigen Verständigung in der Richtung zu gelangen, daß den

Russen die freie Durchfahrt durch die Dardanellen garantiert werden könne, was gleichbedeutend sein werde mit dem Ausschalten künftiger Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland. Die Möglichkeit einer Verständigung mit England liegt nach Ansicht des Redners nicht im Bereiche der Wahrscheinlichkeit, solange nicht England zu einer solchen Verständigung gezwungen werden kann. Zur Frage der Anzessionen übergehend, meinte Dr. Müller, das Streben in Deutschland nach Siedlungsgebieten für die Bauernschaft sei wohl verständlich. Dieses Siedlungsgebiet liege aber keinesfalls im Westen, sondern höchstens im Osten. Als innere Kriegsziele bezeichnete er die politische, wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung eines jeden Volksgenossen in dem eventuell erweiterten Deutschland.

Dr. Rohrbach knüpfte in seinem Vortrag in Dortmund an die von ihm 1910 getaneu Äußerungen, daß der Tag kommen werde, an dem am Tigris der deutsche Infanterist auf Posten stehe. Er legte die Wichtigkeit der Orientfrage für Deutschland dar: Nur über den Orient gehe ein unbefriedigbarer Weg zur deutschen Weltpolitik. Rußland dürfe daher nicht in den Besitz Konstantinopels kommen, und der Suezkanal müsse der Kontrolle Englands entzogen werden. Der konservative englische Politiker Garbe habe erlich ausgesprochen, daß der Ausgang des Krieges allein davon abhängt, ob die Mittel- und Orientmächte den Weg nach dem Orient behaupten können. Könne der Bierverband den Weg nicht zertrümmern, dann sei der Krieg für ihn mißglückt. Der Krieg muß nach Rohrbachs Ansicht fortgesetzt werden, bis England am Boden liegt und Deutschland als gleichberechtigt neben sich duldet.

Georg Bernhard in Bochum. Es ist schon oft gesagt worden, daß Deutschlands Unverfehrtheit und Deutschlands neue wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten von uns erkämpft sein müssen, bevor wir die Waffen niederlegen. Deutschlands Unverfehrtheit soll nicht bloß im Friedensvertrag festgelegt werden, sondern muß auch dauernd behauptet werden können. Infolgedessen sind unter allen Umständen unsere Grenzen so zu stellen, wie unsere militärischen Sachverständigen es fordern. Andererseits ist Deutschlands freie wirtschaftliche Entwicklung nur möglich, wenn unsere Kapitalkraft im Verhältnis zu der Englands mindestens ungeschwächt bleibt. Auf Kriegswirtschaftsdüngungen verzichten, heißt auf Deutschlands wirtschaftliche Zukunft verzichten. Wir müssen entweder diese Kriegswirtschaftsdüngung in der oder in der Rechnung erhalten, damit wir Kapitalströme abbürden können, oder wir müssen die von uns in hartem Kampfe ermittelten Länder befehen, um aus ihnen einen Teil unserer Zinsenlast zu begleichen.

In Hamburg erwärmte der Reichstagsabgeordnete Conrad Harßmann durch seine Ausführungen die Mehrheit der Versammlung in steigendem Maße, sie blieben aber nicht ohne Widerpruch. Die Opposition nahm zuletzt sogar einen etwas tumultuarischen Charakter an. Dabei kam der in weiten Kreisen Hamburgs herrschende Haß gegen England, der eine scharfe Bekämpfung Großbritanniens durch die Unterseeboote fordert, zum Ausdruck. Rufe erklangen: U-Boote heraus! Nieder mit England! So darf man den Hamburgern nicht kommen!

In Dresden war der Vortrag des Berliner Juristen Geheimrats Kahl ein unumwundenes Bekenntnis zur Politik und zu den Kriegszielen des Reichsanzlegers, wie sie in der bekannten Dezemberrede im Reichstage ausgesprochen worden sind. Lediglich Zustimmung fand der Redner, als er die Möglichkeit eines neuen verstärkten Unterseebootkrieges streifte, während der Haß „von der künftigen mittleren Linie“ mißfällige Zurufe auslöste. Ebenso wurde das zunehmende Interesse der Zuhörerschaft stärker, als der Redner als Bedingung eines dauernden Friedens die Niederringung Englands forderte. Ferner wurde die notwendige Ablehnung eines allgemeinen Friedenskongresses, der nur im Interesse Englands liege und die Absichten gewisser freundlich gefälliger Neutraler, die ihre Vermittlerrolle anbieten würden, beifällig aufgenommen.

Der Heidelberger Nationalökonom Max Weber bezeichnete in Nürnberg den Reichsanzleger als den einzig möglichen Mann, der völlig das Vertrauen der Feldgrauen im Schützengraben als Staatslenker genieße. Er polemisierte gegen die Anzessionspolitik, verlangte jedoch zuverlässige militärische Garantien, sowohl in Belgien, wie im neuen politischen Staatsgebilde, dessen Aufbau wesentlich von der Möglichkeit der Schaffung eines einheitlichen Mitteleuropas abhängen müsse.

Reichstagsabgeordneter Kerschensmünster-München beleuchtete in Karlsruhe eingehend die innere Politik. Er ermahnte alle Parteien, dem Reichsanzleger volles Vertrauen entgegenzubringen und die Ausführungen in seiner letzten Reichstagsrede anzuerkennen. Der Redner verlangte eine Neuorientierung der inneren Politik auf freierwilliger Grundlage.

Der Bismarckbiograph Universitätsprofessor Dr. Marx erklärte in München: Wir müssen wünschen, daß wir Grenzen erhalten, die unser Land verteidigungsfähiger machen, als das bisher der Fall war. Daß wir dabei ein national geschlossenes Reich behalten müssen, darf nicht vergessen werden. Den Frieden können wir heute nicht erleben. Jetzt heißt es noch schlagen und nicht handeln! Der Redner rief auf zum Vertrauen zu den führenden Männern und zur Sammlung. Das Programm des Reichsanzlegers ist gut und wir müssen und dürfen ihm folgen.

Abgeordneter Dr. Pfeiffer in Köln: Ob wir die heute besetzten Gebiete behalten werden, weiß ich nicht. Jedenfalls müssen wir Garantien in Händen halten, womit sich das ganze Volk zufriedengeben kann. Was wir haben, werden wir Hug und weise in der Hand behalten. Wir werden die Ergebnisse des Krieges auszunutzen wissen für die Zukunft, damit demnächst das Ziel der deutschen Politik unangegriffen daheht im Herzen Europas. Das deutsche Volk möge Vertrauen zum Kaiser und der vielgeschmähten Diplomatie haben.

Professor Dr. Duden in Kassel: Es ist unverständlich, warum man den inneren Zusammenbruch und das Vertrauen zur Reichsleitung hier und da vernichten lasse, obwohl doch nur sie von der höchsten Warte übersehen können, was dem Deutschen Reich und dem deutschen Volke notwendig sei.

Abgeordneter v. Bayer in Frankfurt a. M.: Von dem Streite um den Unterseebootkrieg ist das Beste, daß er allmählich abflaut. Einig sind Regierung und Volk darüber, daß wir auf England und seine Bevölkerung, die uns dem Hungertode preisgeben wollen, irgendwelche Rücksicht zu nehmen keinen Anlaß

hätten. Aber man muß die U-Votfrage nicht von allen anderen militärischen und politischen Fragen losgelöst für sich allein betrachten. Ebenso bei der Anwendung der Zepeline gegen England. Die letzten Tage haben wieder bewiesen, daß die Rücksichten auf den englischen Adressat nicht maßgebend in dieser Frage sind. Es ist unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit, vorläufig auf die öffentliche Erörterung der Kriegsziele zu verzichten. Friedensbedingungen werden nach dem Maß von Kraft und Widerstand bemessen werden, die bei Schluß des Krieges auf beiden Seiten der kriegsführenden Parteien noch vorhanden sind.

Friedrich Naumann in Leipzig: Wenn man die Geschichte der bisherigen Friedensschlüsse ansieht, so sei der Friede desto leichter zu erreichen, je absoluter eine Seite gesiegt hätte, und desto schwieriger, je weniger klar diese Tatsache sei. Heute müsse festgestellt werden, daß der Umfang unserer Leistungen noch nicht ausreicht, um die Gegner zu überzeugen, daß die geschichtliche Entscheidung sich zu unseren Gunsten gewendet hat. Wir im deutschen Vaterlande glaubten, daß durch einen besonderen Schlag die letzte Entscheidung herbeizuholen sei. Das sei aber nicht Sache des Volkes, auch nicht der Volksvertretung, sondern allein der Heeresleitung. Wir müssen unserem Schicksal folgen, damit wir nicht aus Mitleidigkeit fahren lassen, was wir in zwei Jahren durch den Heldentod so vieler unserer Söhne erungen haben.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 2. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Dienstag nachmittag. Nördlich von der Somme erneuerten die Deutschen im Laufe der Nacht ihre Angriffsversuche nicht. Nördlich von der Aisne verhielten die Deutschen nach heftiger Beschließung in der Gegend von Vihons zwei Handstreichs, die aber in unserem Feuer zusammenbrachen. Auf dem rechten Ufer der Maas Artilleriebeschuss, der im Laufe der Nacht in der Gegend des Werkes von Thiamont ganz besondere Festigkeit erreichte. Die Wäldchen von Fumin und La Louve wurden aus großkalibrigen Geschützen beschossen. Westlich von Pont-a-Mousson im Abschnitt von Girey ließen die Deutschen vor ihren Schützengräben drei Minen springen. In der übrigen Front verlief die Nacht verhältnismäßig ruhig.

Lufkrieg. Der Unteroffizier Renoir schob nördlich von Verdun einen deutschen Flieger ab, das ist sein fünftes abgeschossenes Flugzeug. Ein anderer deutscher Flieger wurde westlich von Etain abgeschossen.

Paris, 2. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Dienstag abend. Südlich der Somme nahmen wir im Laufe einer Einzelunternehmung einen deutschen Graben zwischen Estrées und Vellon-en-Santerre. Etwa 60 Gefangene blieben in unseren Händen. An dem rechten Ufer der Maas wurde die heftige Beschließung fortgesetzt, die auch einen Teil der letzten Nacht anhielt. Am Vormittag trugen die Deutschen einen Angriff gegen unsere Stellungen westlich und südlich des Werkes Thiamont vor. Unser Sperrfeuer sagte sie sofort, und das Feuer der Maschinengewehre brach alle Versuche des Gegners. Einige Teile des Feindes, die bis zu unseren Gräben gelangt waren, wurden durch lebhaften Gegenangriff unserer Truppen zurückgeworfen. Am Ende des Tages gestattete uns ein Handgranatenangriff südlich des Werkes Thiamont Fortschritte zu machen. Zu gleicher Zeit griffen die Deutschen auf der Front Haug-Chatre-Sakenois an. Nur an diesem letzten Punkt sahen sie in einigen unserer vorgeschobenen Stellungen Fuß; wir warfen sie aber von dort etwas später zurück. Überall sonst wurden ihre Angriffe durch unser Feuer angehalten und kosteten ihnen schwere Verluste. Zeitweilige Beschließung an der übrigen Front.

Belgischer Bericht: Der Artilleriekampf dauert an verschiedenen Punkten der belgischen Front fort, besonders nördlich von Dismuiden.

Operationen der Orientarmee vom 16. bis zum 31. Juli: Serbische Vorposten schlugen am 24. Juli bulgarische Abteilungen zurück, die die Höhen von Kovil (im Tale der oberen Mogleniza) besetzt hatten, und bemächtigten sich am 27. Juli des Dorfes Sborako (?), wo sie sich trotz der Beschließung des Feindes einrichteten. Am 28. sind sie nördlich von Pojar (?) und Stupine (?) vorgegangen nach einem Gefecht, in dem die Bulgaren sich zurückziehen mußten, wobei sie zehn Tote im Gelände liegen ließen. Die serbischen Verluste beliefen sich nur auf zwei Tote und drei Verwundete. An den übrigen Teilen der Front der Orientarmee herrschte zeitweilig aussehende Beschließung, die manchmal auf beiden Ufern im Tale des Bardar heftig war.

Die englische Meldung.

London, 1. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht des Generals Haig. In der allgemeinen Lage ist heute keine Veränderung eingetreten. Nördlich von Bazentin le Petit wurde ein feindlicher Angriffsversuch auf unsere Linie mit Erfolg abgewiesen. Während der ganzen Nacht heftige Artilleriefeuer von beiden Seiten. An der übrigen britischen Front nichts.

London, 2. August. (W. Z. V.) Englischer Heeresbericht. Keinerlei Veränderung der Lage zwischen Ancre und Somme; Keinerlei Vorgang von Bedeutung an den anderen Punkten der englischen Front.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 2. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Dienstag nachmittag.

Westfront. In der Linie Stelce-Wielik-Kuchary im Stochobogon warfen unsere Truppen den Feind zurück und gingen nach Kampf über diese Linie hinaus nach Westen vor. An der Straße Kowel-Lucz wurden alle feindlichen Gegenangriffe abgewiesen.

Bei dem Angriff auf das Dorf Lubienko (5 Werst südlich Monasterzjels) gingen unsere tapferen Regimenter, bis an den Hals im Wasser, durch den sumpfigen Koropiec, da der Feind sämtliche Wälder zerstört hatte. Auf dem Westufer machten sie mehr als 1000 Oesterreicher zu Gefangenen und richteten sich dort ein.

Kaukasus. Die Verfolgung des Feindes in der Richtung auf Rosul dauert an.

Zusatz. In dem Bericht vom 25. Juli ist irrtümlicherweise gemeldet, daß die Flieger Hauptmann Veridze und der Leutnant Nischischow infolge feindlicher Artilleriefeuer den Heldentod starben. In Wirklichkeit wurde unsere Voisin-Maschine von einem feindlichen Fokker angegriffen, unser Apparat fing bei dem Luftkampf Feuer und stürzte in die vorgeschobenen feindlichen Stellungen ab.

Amtlicher Bericht von Dienstag abend.

Westfront. Im Raum Stobychowa-Smolary griff deutsche Infanterie unsere auf dem westlichen Stochobogon stehenden Truppen sehr heftig an. Unsere tapferen Regimenter warfen den Feind mit großen Verlusten für ihn zurück, der Kampf dauert noch an.

Kaukasus. In der Richtung auf Elwad westlich Erzindjan machten unsere Truppen von neuem Fortschritte.

Zusatz. Westlich Gorobischische gelang es einem unserer Aufklärer, aus den feindlichen Hindernissen einen verwundeten Soldaten von uns zurückzubringen, der erzählte, daß die Deutschen mehrmals auf ihn losgegangen seien und ihn mit Messerfischen an Hals und Brust verwundet hätten. Die Aussage des Verwundeten konnte bestätigt werden.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 2. August 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich der Somme griff der Feind abends mit sehr starken Kräften, aber vergeblich den Abschnitt von Maurepas bis zur Somme an, nachdem er bereits am Nachmittag bei einem Teilunternehmen gegen das Gehöft Monacu durch raschen Gegenstoß deutscher Bataillone eine blutige Schlappe erlitten hatte. An der Straße Maricourt-Clerf ist er bis zu unseren völlig eingebuchten Gräben vorgeedrungen. Die feindlichen Verluste sind wieder erheblich.

Südlich der Somme haben sich bei Velloy und Estrées örtliche Kämpfe abgespielt.

Rechts der Maas machten wir nordwestlich und westlich des Werkes Thiamont Fortschritte, gewannen die Vergnase nordöstlich der Feste Souville und drückten den Feind im Bergwalde sowie im Lanfée-Wäldchen wesentlich zurück. An unverwundeten Gefangenen sind 19 Offiziere, 923 Mann eingebracht und 14 Maschinengewehre geborgen.

Englische Patronissen, die im Abschnitt Operm-Armentières besonders tätig waren, wurden überall abgewiesen.

Die feindlichen Fliegerangriffe gegen Ortschaften hinter dem nördlichen Teile unserer Front wurden abgewiesen. Von militärischem Schaden ist kaum zu reden, die Verluste unter der Bevölkerung mehren sich. Wie nachträglich gemeldet wurde, ist in der Nacht zum 31. Juli auch Arlon in Belgien angegriffen worden. Das Jesuitenloster und die Kirche sind getroffen.

Durch Abwehrfeuer wurden drei feindliche Flugzeuge, und zwar nördlich von Arras, südwestlich von Dapenne und bei Pozidres, im Luftkampf eins bei Monthois abgeschossen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem nördlichen Teile der Front keine wesentlichen Ereignisse.

Südwestlich von Binff wiederholten sich die russischen Unternehmungen beiderseits des Nobel-Sees mit verstärkten Kräften und dehnten sich auch auf die Gegend von Labieszow (am Stochob) aus. Sie wurden glatt abgewehrt.

Mehrfache Angriffe im Stochob-Bogen (nordöstlich der Bahn Kowel-Kowno) brachen bereits im Sperrfeuer vollkommen zusammen. Immer wieder ließ der Gegner ohne Rücksicht auf seine großen Menschenverluste gegen unsere Stellungen zwischen Bitoniez und der Tarna an; alle seine Anstrengungen blieben erfolglos. Bei der Armee des Generals Grafen v. Boffmer sind feindliche Teilangriffe in der Gegend westlich von Wisniowczy (an der Strypa) und bei Wolesniow (am Koropiec) gescheitert.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 2. August. (W. Z. V.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Keine Aenderung in der Lage. In Dgalkin brachen südwestlich von Buczacz, bei Wisniowczy und im Süden, Südwesten und Westen von Brody mehrere, zum Teil starke russische Angriffe zusammen; ebenso scheiterten alle Anstrengungen des Gegners zwischen der oberen Tarna und der von Kowno nach Kowel führenden Bahn, die Front der Verbündeten zu durchbrechen, an der Abwehr der dort kämpfenden deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen. Gleiches Schicksal hatten schließlich mehrere starke Vorstöße des Gegners im Stochob-Knie bei Radzowka.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

In den Dolomiten wurde östlich des Stiefattels der Angriff von zwei italienischen Kompagnien abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Vergehenheiten.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Coeser, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 1. August um 7^{1/2} früh brach ein Geschwader von vierzehn italienischen Großkampfschiffen über Brano nach Istrien ein. Linienschiffleutnant Vansfeld Rieg in Triest mit einem Rettungsboot auf, verfolgte das feindliche Geschwader über ganz Istrien, erreichte dessen Gros — sieben Caproni — aber nur in 700 Meter Höhe und schoß ein Großkampfschiff ab. Jährer tot. Zwei Beobachter gefangen. Vansfeld und sein Flugzeug blieben unversehrt.

Flottenkommando.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 1. August. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Im Ostitalien setzt die feindliche Artillerie, von der unserigen energisch bekämpft, ihre Tätigkeit fort. Im Asciatal unternahm der Gegner am Abend des 31. Juli nach heftigem Artilleriefeuer gegen unsere Stellungen auf dem Monte Cimone einen Angriff, der schnell abgewiesen wurde. Ein anderer feindlicher Versuch, gegen unsere Stellungen südwestlich von Costelieto auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden hatte daselbst das gleiche Schicksal. Im Travignolotal besetzten sich unsere Truppen, die bereits seit einigen Tagen im Besitz des Fleders Panveggio sind, dort stark. Im Abschnitt der Tosana beschoß der Gegner in der Nacht zum 31. Juli mit Geschützen aller Kaliber unsere neue Stellung auf dem Col Bois, dann griff er mit bedeutenden Kräften an. Er wurde zurückgeworfen und durch einen Gegenangriff in die Flucht geschlagen, nachdem er sehr schwere Verluste erlitten hatte, wie es die große Anzahl der auf dem Kampf-

felde geliebten Toten beweist. Im Deganolal riefen von der feindlichen Artillerie abgefeuerte Granaten in verschiedenen Ortschaften einige Brände hervor, die sogleich gelöscht wurden. An der Frontfront kein wichtiges Ereignis. Cadorna.

Neun englische Fahrzeuge versenkt.

Amtlich. Berlin, 2. August. (W. Z. V.) Am 28. Juli wurden an der englischen Ostküste von einem unserer U-Boote acht englische Motorsegler und ein englischer Fischdampfer versenkt.

Abreise der „Deutschland“.

Baltimore, 1. August. (W. Z. V.) Meldung des Neuterischen Bureaus. Die „Deutschland“ hat heute nachmittag ihre Rückreise angetreten.

Englische Meldung über den letzten Luftangriff.

London, 1. August. (W. Z. V.) (Meldung des Neuterischen Bureaus.) Amtlich. An dem letzten Luftangriff von gestern nacht haben sechs oder sieben Zeppeline teilgenommen. Nach den hier jetzt vorliegenden Berichten wurden 60 Bomben abgeworfen, meist in dünn bevölkerten Bezirken. Ein Luftschiff wurde von Flugzeugen und Abwehrkanonen angegriffen. Man sah, wie es tiefer herabging und dann im Nebel verschwand.

Zurückhaltung schwedischer Fischdampfer durch England.

Kopenhagen, 2. August. (W. Z. V.) „Nationaltidende“ meldet aus Stockholm: Auf Verlangen Englands haben die isländischen Behörden schwedische Fischdampfer nach vollendetem Heringsfang die Abreise nach Schweden verboten und gefordert, die Dampfer sollten vorher den Gang Engländern zum Breite von 45 Derg für das Kilogramm zur Verfügung stellen. Der Gang war jedoch bereits an die schwedische Regierung für den Inlandsverbrauch verkauft worden. Die schwedischen Fischhändler richteten daher eine Klage an die schwedische Regierung, die bei der dänischen und englischen Regierung Schritte getan hat, um die Freigabe der Dampfer zu erlangen.

Asquith droht mit Vergeltung.

Der „Täglichen Rundschau“ wird telegraphisch gemeldet:

Haug, 1. August. „Neuter“ meldet aus London: Asquith hat gestern im Unterhause folgende Erklärung abgegeben:

Zu meinem größten Bedauern muß ich mitteilen, daß es offenbar Tatsache ist, daß Kapitän Fryatt von den Deutschen ermordet wurde. Die englische Regierung hat mit großer Entrüstung von diesem Verbrechen gegen das Völker- und Kriegsgesetz Kenntnis erhalten. Ähnliche Gewalttätigkeiten, welche die Deutschen gegenüber der Bevölkerung von Lille und in anderen besetzten Teilen Frankreichs begangen haben, lassen darauf schließen, daß der deutsche Oberbefehlshaber unter dem Einfluß seiner Enttäuschung über die schicksalshagenden militärischen Erwartungen die Politik der Furcheinflüßung wieder aufgenommen hat. Es ist nicht möglich, zu sagen, welche Grausamkeiten die Deutschen noch begehen werden. Die englische Regierung wünscht mit dem größten Nachdruck ihren Entschluß zu wiederholen, daß, wenn die Zeit gekommen ist, dieses Verbrechen nicht ungestraft bleiben wird. Wenn die Zeit gekommen ist, so ist die englische Regierung entschlossen, gegen die Urheber dieses Verbrechens, wer sie auch sein mögen, und welche Aemter sie auch bekleiden mögen, mit aller Schärfe vorzugehen. Die Frage, welche unmittelbaren Maßnahmen getroffen werden könnten, beschäftigt zurzeit die Regierung in ernster Weise. Ich hoffe, binnen kurzem eine Gesetzesvorlage einbringen zu können, durch die zum Ausdruck gebracht wird, daß wir uns weigern, das deutsche Volk in der Gemeinschaft der Nationen solange zu dulden, bis die jetzt begangenen Verbrechen gesühnt sind.

London, 1. August. (W. Z. V.) Der „Times“ wird aus Schiffsfabrikreisen mitgeteilt, daß die Hinrichtung des Kapitän Fryatt in allen Kreisen der City, die mit Schifffahrt zu tun haben, eine unaudierbare Erbitterung hervorgerufen habe. Es werde dadurch erstens die Ueberzeugung befestigt werden, daß dieser „Mord“ gerächt werden müsse, und zweitens die Tendenz, das deutsche Volk für einige Jahre in Sacht und Wann zu legen, bekräftigt werden. Niemand zweifelt daran, daß Deutschland alles tun werde, um sich nach dem Kriege wieder in Gunst zu setzen. Die Geschäftsleute der City seien sich aber darüber einig, daß man es den Deutschen ein für allemal unmöglich machen müsse, als Volk im Schachspiel aufzutreten. Die Bewegung, nach dem Kriege alle Häfen des britischen Reiches für eine Anzahl von Jahren den Deutschen zu verschließen, sei durch den „Mord“ an Fryatt sehr gestärkt worden.

Ein Rückblick

auf die Ereignisse in den Schutzgebieten während des zweiten Kriegsjahres.

Berlin, 2. August. (W. Z. V.) Dankbar haben wir in diesen Tagen der glänzenden Leistungen unserer Heeres und unserer Flotte an unserer Grenzen gedacht, heute wollen wir uns daran erinnern, daß auch im Uebersee während des verflorenen zweiten Kriegsjahres noch zahlreiche Deutsche und treue farbige Soldaten für Deutschlands Weh und Ehre kämpften, bluteten und litten. Angesichts des gewaltigen aber unsere Zukunft entscheidenden Ringens in Europa und Asien ist es vielleicht verzeihlich, wenn wir unser Hauptaugenmerk mehr auf diese Ereignisse richten, aber trotzdem dürfen und wollen wir auch die Leistungen unserer in ferneren, vom Mutterlande abgetrennten Gebieten tapfer streitenden Brüder nicht dergessen oder diese Leistungen gering anschlagen.

Togo, die Südfseebesitzungen und Ruanda waren schon im Laufe des ersten Kriegsjahres feindlicher Uebermacht erlegen. Auch in Deutsch-Südwestafrika war es kurz vor Ablauf des ersten Kriegsjahres am 9. Juli 1915 der mehr als zehnfachen Uebermacht der englisch-südafrikanischen Armee Wehlos gelungen, die kleine deutsche Schutztruppe zu erdrücken und eine Kapitulation zu erzwingen, deren Bedingungen für die Verteidiger nur ehrenvoll genannt werden können. Nur Kamerun und Deutsch-Ostafrika hielten zu Beginn des zweiten Kriegsjahres noch ungebrochenen Mut stand.

Aber auch für Kamerun hatte die Stunde geschlagen. Nachdem es seinen heldenmütigen Verteidiger noch einmal gelungen war, die feindlichen Streitkräfte der vereinigten Franzosen, Belgier und Engländer zurückzuschlagen, sahen diese nach Fortanhebung neuer Verstärkungen im November zu einem neuen konzentrischen Angriff an. Posten auf Posten mußte nach hartnäckigem Widerstand aufgegeben werden. Immer Keiner wurde

das Gebiet, welches die unergabte weiterrückwärtigen Schwachen Abteilungen der Schutztruppe für Kamerun noch decken, und schließlich mühen die letzten Verteidiger sich ihren Weg durch die sie einkreisenden feindlichen Kolonnen bahnen, um durch Uebertritt auf neutrales spanisches Gebiet der Kriegsgefangenschaft zu entgehen und auch dazu entschlossen sie sich erst, als die letzte Patrone erschossen war. Mit dem Fall von Mora am 18. Februar 1918 sank dann die letzte deutsche Flagge, die noch über Kamerun wehte, wie wir allerdings alle zuversichtlich hoffen, nicht für immer. In siebzehnmönatigem ununterbrochenem Kampfe, in fieberfeuchten Wäldern, auf glühenden Felsen und in fremden tropischen Regenwäldern, unter Entbehrung jeglicher Art, haben unsere Kameruner Helden gegen einen mit allen neuzeitlichen Hilfsmitteln ausgerüsteten, oft abgelösten und vielfach überlegenen Feind nahezu Uebermensliches geleistet.

Nur in Ostafrika weht heute noch die deutsche Flagge über deutschem Kolonialboden. Unsere Ostafrikaner haben im zweiten Kriegsjahr ihren durch die Schlachten bei Tanga, Songido und Jassini sowie in zahllosen größeren und kleineren Gefechten gegen weiße und farbige Engländer aller Schattierungen, gegen Belgier und Südafrikaner im ersten Kriegsjahre erworbenen Ruhm glänzend behauptet. Bis zum Februar 1918 war nicht nur das Schutzgebiet völlig frei vom Feind, nein, sogar fast 1000 Quadratkilometer feindliches Gebiet waren von der ostafrikanischen Schutztruppe besetzt. Um uns auch dieses unser letztes Schutzgebiet nun doch zu entziehen, haben dann Engländer, Belgier und neuerdings auch die Portugiesen riesige Anstrengungen gemacht. Nach vorläufigen Schätzungen sind nicht weniger als 70 000 bis 80 000 Mann mit allen nur denkbaren Hilfsmitteln neuerzeitlicher Kriegsführung aufgebieten zum Kampf gegen Deutsch-Ostafrika, das so durch seine glänzende Verteidigung nicht unbeträchtliche feindliche Streitkräfte von anderen Kriegsschauplätzen abzieht. In dem letzten Viertel des zweiten Kriegsjahres ist es dann zwar diesen feindlichen Massenaufgebieten der südafrikanischen Brigaden englischen, indischen, britisch-ostafrikanischen und rhodesischen Regimentern, belgischen und portugiesischen Truppen gelungen, in Deutsch-Ostafrika an vier verschiedenen Stellen einzubrechen und die Schutztruppe gegen die das Land in seiner Mitte durchschneidende Tanganjika-Bahn zurückzudrängen, aber die Widerstandskraft unserer Ostafrikaner ist noch nicht erschöpft. Gerade in den letzten Tagen des zweiten Kriegsjahres mußte der feindliche Oberbefehlshaber in Ostafrika, General Smuts, von wiederholten deutschen Gegenangriffen melden. Ob und wie lange Deutsch-Ostafrika der gewaltigen feindlichen Uebermacht noch zu widerstehen vermag, sieht dahin. Was die Entscheidung fallen wie sie will, wir können jedenfalls nur mit Stolz und dankbarer Bewunderung auf die Leistungen auch dieses Schutzgebietes während der verflochtenen Kriegsjahre blicken. All das gegen unsere Feinde zur Verteidigung unseres Besitzes in Uebersee vergossene Blut wird nicht umsonst geflossen sein, die gebrachteten Opfer haben uns unseren überseeischen Besitz nur noch teurer gemacht und ihn und noch mehr an Herz gelegt. Mit dem Siege der guten und gerechten deutschen Sache wird auch unser Kolonialbesitz wie ein König aus der Asche feindlicher Verwüstung wieder entstehen. Diese Hoffnung bildet das Band, das unsere Streiter in den Schutzgebieten mit unserem streitenden Heer und Flotte in der Heimat auf das innigste verknüpft.

Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

London, 1. August. (W. Z. B.) Eine amtliche Meldung besagt: Eine Depesche des Generals Smuts vom 31. Juli ergänzt die kurze Meldung von der Einnahme Dodona vom 31. Juli. General von de Bantter verließ Kondona Irangi etwa am 21. Juli und schickte eine kleine Abteilung ab zur Aufklärung des Gebietes westwärts. Er selbst rühte mit dem Gros seiner Streitkräfte gegen die Zentral-Eisenbahn auf drei Wegen vor. Wo der Feind angetroffen wurde, wurde er in heftigen Gefechten geschlagen. Beim Vormarsch gegen die Zentral-Eisenbahn fiel ein ganzes deutsches Lager in unsere Hand. Auf dem östlichen Wege wurde Munition sowie 4000 Stück ausgezeichneter Vieh erbeutet. (Anmerkung des W. Z. B.: Es kann sich hierbei nur um das allerdings vorzügliche Vieh der Wagogo-Eingeborenen handeln, also Viehraub in trostlicher Form.) Auf diesem letztgenannten Wege zog sich der Feind nach anfänglichem scharfen Widerstand zurück, verfolgt von unseren berittenen Truppen. Dodona wurde am 20. Juli besetzt. Am 31. Juli besanden sich die beiden anderen Abteilungen in Schutzweite von der Eisenbahn. Weiter östlich hat General Hofkins das Gebiet südlich der Uambara-Eisenbahn aufgefäht. Er besetzte den Hafen Wangani. Eine kleinere Abteilung, die zwischen Nduru Hills und der Küste operiert, drückt den Feind südwärts.

Vandervelde und die jüdische Frage.

Wie das in Lausanne in französischer Sprache erscheinende „Bulletin Juif“ (Nr. 2) mitteilt, hat der Redakteur des englisch-jüdischen Blattes „Jewish Times“, R. Chalonowitch, Mitglied der zionistisch-sozialistischen Partei, eine Unterredung mit dem Genossen Vandervelde gehabt und ihm nahegelegt, eine Aktion zu gunsten der russischen Juden zu unternehmen. Vandervelde erbot sich darauf, eine von den jüdischen Sozialisten auszuarbeitende Denkschrift über die Lage der russischen Juden zu präsen und sich dann mit den beiden sozialistischen Ministern im französischen Kabinett, Guesde und Sembat, zum Zweck einer gemeinsamen Aktion bei der russischen Regierung zu verständigen.

„Hochverrat.“

Man erinnert sich noch der Deportation und Gefangensetzung der Munitionsarbeiter in Elde, die auch während des Krieges das Recht der englischen Arbeiter auf Lohnkämpfe und Streiks gewahrt wissen wollten. Ihre Propaganda für höhere Löhne und gegen den damaligen Munitionsminister Lloyd George ist ihnen als Hochverrat angeordnet worden. Man warf ihnen vor, daß sie durch ihr Verhalten die Männer im Schützengraben gefährdeten. Der Schutz der Soldaten sei höchste Pflicht und wer ihn hindere, müsse als Hochverräter, angefahten und bestraft werden, ganz gleich, welcher Schicht er angehöre.

Jedoch in England scheint die gleiche Aktion verschiedenes bewertet zu werden, je nachdem sie von dieser oder jener Schicht unternommen wird. Höchste Produktion bei der Munitionsfabrikation wurde als erste Pflicht angesehen. Wie stellen sich die Unternehmer dazu? Es gibt in England 4000 „kontrollierte“ Munitionsfirmen, die durch das Gesetz verpflichtet wurden, ihren Reingewinn an das Schatzamt abzuführen nach Abrechnung von einem Verdienst der 10 Proz. höher sein durfte als der Durchschnittsverdienst in den Jahren vor dem Kriege. Falls der Reingewinn niedriger war als die Angabe, die die unkontrollierten Firmen an besonderen Gewinnsteuern an das Schatzamt zu zahlen hatten, sollten die betreffenden Firmen auch noch die Differenz zwischen den Munitionsabgaben und den außerordentlichen Gewinnsteuern abführen. Daß den Munitionsfabrikanten auch dann noch ein schöner Mehrverdienst fließt, darf ohne weiteres angenommen werden. Aber sie sahen sich in ihren Rechten und in ihrem Profit geschmälert und sie veranlaßten, im Unterhaus einen Antrag der Entrüstung gegen das Vergehen der Regierung. Sie waren zwar „patriotisch“, aber ihr Patriotismus sank auf einen sehr niedrigen Grad herab, als ihnen zugemutet wurde, sich mit geringeren Profitten zufriedenzugeben. Sie gaben der Regierung deshalb zu verstehen, daß die Munitionserzeugung nicht so reichlich vor sich gehen werde, wenn sie auf ihren Vorschlägen bestände.

Nichtbedeutender wurde das Gesetz angenommen. Die Warnungen der Munitionsfabrikanten, daß die Regierung das Gesetz noch bereuen werde, war direkte Drohungen mit Arbeitsverzögerung

hatten nichts geholfen. Es wäre auch nicht gut möglich gewesen, den Fabrikanten nachzugeben, wo man eben erst die Arbeiter verurteilt hatte. Aber am Tage nach der Annahme des Gesetzes suchten 60 Vertreter der „kontrollierten“ Firmen den Premierminister Mr. Mc. Kenna und Mr. Lloyd George auf, und die Presse konnte konstatieren, daß sie in ihren Vorstellungen so weit erfolgreich waren, als sie die Wiedereröffnung der ganzen sehr schwierigen Frage erreichten. Die Regierung gibt also nach. Sie denkt nicht daran, den „Hochverrat“ der Unternehmer mit Deportation und Gefangnis zu bestrafen, sondern sie erfüllt ihre Forderungen.

Die Munitionsfabrikanten haben zweifellos die Macht, die englische Regierung, die auf die schnelle Herstellung von Munition angewiesen ist, zu zwingen, ihren Wünschen nachzukommen. Aber haben die englischen Arbeiter nicht die gleiche Macht? Könnten sie nicht, wenn sie geschlossen austräten, ebenfotug die Aufhebung von Vorschriften, die sie als drückend empfinden, durchsetzen?

Der Papst für die Segnung Casements.

Bern, 2. August. (W. Z. B.) Die römische „Italia“ meldet, in vatikanischen Kreisen werde behauptet, der Papst habe König Georg von England um die Segnung Sir Roger Casements gebeten, da er von Kardinal Logue und mehreren irischen Bischöfen darum angegangen worden sei. Man glaubt, daß König Georg der Bitte des Papstes willfahrt und eine Umwandlung der Strafe zugestanden habe. In den letzten Tagen empfing der Papst, vermutlich in dieser Frage, Howard, den englischen Sondergesandten beim Heiligen Stuhl.

Italienische Finanzschwierigkeiten?

Jährich, 2. August. (W. Z. B.) Nach einer Privatmeldung der „Neuen Zürcher Zeitung“ aus Villingen ist über dem Vernehmen nach die Finanzierung der mindestens 900 Millionen Lire monatlich betragenden italienischen Kriegskosten auf der Finanzministerkonferenz in London nicht gelungen. Italien hat bisher die von England geforderte Verpfändung seiner Goldreserven, auch bei der vorgeschlagenen Geheimhaltung vor der Öffentlichkeit und dem Parlament, nicht zugestanden. Das Stillschweigen über die zwanzig Milliarden-Anleihe des Verbandes wäre demnach erklärlich.

Meistbegünstigung der Japaner in Italien.

Das italienische Militärblatt veröffentlicht laut dem „Avanti“ vom 22. Juli ein ministerielles Rundschreiben, in dem bekanntgegeben wird, daß auf Grund des italienisch-japanischen Handels- und Schifffahrtsvertrages Japan in Fragen der Requisition auf die Behandlung des meistbegünstigten Staates Anspruch hat, wie er Italien gegenüber durch die Schweiz repräsentiert wird. Das Eigentum japanischer Untertanen, das am Nord beschlagnahmter deutscher Schiffe oder sonstwo in Italien sich befindet, ist ebenso wie der Besitz schweizerischer Bürger von jeder Beschlagnahme ausgenommen, und die Behörden können darüber erst nach vorheriger Vereinbarung mit den Eigentümern verfügen.

Stürmer für den Krieg bis zum Triumph.

Petersburg, 31. Juli. (W. Z. B.) Die Petersburger Telegrammenagentur erfährt aus unterrichteter Quelle, daß der Ministerpräsident und Minister des Äußeren Stürmer am zweiten Jahrestage der deutschen Kriegserklärung folgende Erklärung bekannt geben wird:

In dem Augenblick, da die Alliierten in das dritte Kriegsjahr eintreten, ist die kaiserliche Regierung, ebenso wie ihre treuen Alliierten, mehr als je fest entschlossen, den von Feinde heraufbeschworenen Krieg bis zum endgültigen Triumph der Alliierten durchzuführen. Zwei Kriegsjahre haben die Mächte der Entente durch die Waffenbrüderschaft der alliierten Truppen, durch ihren Heldenmut und durch das vergossene Blut noch enger zusammengeschweißt in ihrem Entschluß, das bedrohte Europa von dem Joche der deutschen Vorherrschaft zu befreien. In allen Fronten erteilen die Truppen der Alliierten dem Gegner Schlag auf Schlag, und ich habe die Ueberzeugung, daß es den Alliierten mit dem Bestand des Allmächtigen gelingen wird, den Feind zu besiegen und ihre alte Sache zum Triumph zu führen.

Amerika gegen die englischen schwarzen Listen.

New York, 27. Juli. (Rufspruch des Vertreters von W. Z. B. verspätet eingetroffen.) Die Lage, die sich aus der englischen schwarzen Liste ergibt, hat nach hiesiger Beurteilung an Ernst zugenommen. Die amerikanischen Kaufleute befehlen sich mit der Absicht, sich zu einem wirksamen Einspruch zu vereinigen. Obwohl einige den Gedanken vertreten, daß irgend ein Friedensvertrag mit England amerikanische Vergeltungsmaßnahmen gegen England ausschließt, wird doch die Notwendigkeit, Vergeltungsmaßnahmen zu treffen, falls England auf seinen ohne Beispiel dahingehenden Vohllott bestehe, viel erörtert. — Eine Depesche des „New York American“ aus Washington sagt: Wilson verwarf, England davon abzubringen, Amerikaner auf die schwarze Liste zu setzen, aber er wurde glatt abgewiesen. Für den Fall, daß ein diplomatischer Einspruch keinen Erfolg hat, wird der Plan erwogen, ein Gesch durchzubringen, das ausländische Schiffe, die amerikanische Häfen anlaufen, verhindern soll, Amerikaner zu benachteiligen. Ein Verfahren, zu dem geraten worden ist, besteht darin, jedem amerikanischen Schiff die Abfertigung zu versagen, das sich weigert, von einem auf der schwarzen Liste stehenden amerikanischen Exporteur Ladung anzunehmen. Ein allgemeiner Protest soll sich darauf stützen, daß die Aufnahme von Amerikanern in die schwarze Liste eine unterschiedliche Behandlung bedeute und in so hohem Maße gegen die Neutralität verstoße, daß sie als unfreundlich angesehen werden müsse. Ein Verwaltungsbeamter ist der Ansicht, daß, sofern eine freundschaftliche Beilegung auf diplomatischem Wege nicht erreicht werden sollte, die Gefahr eines ersten Handelskrieges zwischen den Vereinigten Staaten und England bestehe. — „New York World“ berichtet aus Washington: In amtlichen Kreisen wurde die Notwendigkeit ernsthaft erörtert, bei dem Kongreß ein Gesetz zu beantragen, das Vergeltungsmaßnahmen gegen England und seine Verbündeten zuläßt, um sie zur genauen Beobachtung der Rechte Amerikas und der anderen Neutralen zu zwingen. — „New York Tribune“ läßt sich aus Washington melden: In den beiden letzten Tagen ist ein vollständiger Wandel in der Haltung der Regierung England gegenüber im Vergleich mit dem Zustande des Protestierens und der Duldung eingetreten. Amerika ist durch eine Reihe von Misdatschen zu der Notwendigkeit aufgerufen worden, einen schärferen Standpunkt in bezug auf das, was es als Verletzung amerikanischer Rechte durch England ansieht, einzunehmen. England ist zu weit gegangen, wie die Beamten erklären. „Hearst's Internationaler Nachrichten“ berichtet aus Washington: Eine englische Verteidigungschrift, die von einem Beamten der Botschaft verfaßt worden ist, macht es klar, daß noch mehr Firmen auf die schwarze Liste gesetzt werden sollen, und enthält den Entschluß Englands, die Neutralen mit Einschluß der Vereinigten Staaten zu zwingen, ihm mit der übrigen Welt bei der Ausrottung und Vertreibung des Handels Deutschlands von der Erdoberfläche zu

helfen. Senator Hitchcock führt aus: Die Aufstellung der schwarzen Liste ist nur ein anderes Mittel für England, um den amerikanischen Auslandsverkehr zu vernichten. Die wirksamste gesetzgeberische Vergeltungsmaßregel würde das Verbot der Ausfuhr nach England sein. Professor Stowell von der Columbia-Universität, eine Autorität auf dem Gebiete des Völkerrechts, führt aus: Das englische Vorgehen ist, seitdem die Liste für amerikanisches Gebiet wirksam ist, eine handgreifliche Verletzung der amerikanischen Souveränität. Diese Liste schreie der langen Reihe der Verletzung neutraler Rechte die Krone auf. Es ist erniedrigend für die nationale Unabhängigkeit und Selbstachtung, sich ihr zu unterwerfen. Vergeltungsmaßnahmen, nicht Worte sind das geeignete Mittel, uns Achtung zu verschaffen gegenüber der fortgesetzten Verletzung unserer souveränen Rechte.

Aktionen der mexikanischen Arbeiter gegen die Kriegsgefahr.

Erst jetzt erfahren wir, daß die mexikanischen Arbeiter, ebenso wie die Arbeiterorganisationen der Vereinigten Staaten, in den letzten Monaten eine lebhaftere Agitation gegen einen Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko entfaltet haben. Zur Koordinierung der gemeinsamen Arbeit beschloßen die Führer der Gewerkschaftszentralen beider Länder, wie das russisch-sozialistische Blatt „Kowoy Mir“ in New York meldet, eine gemeinsame Konferenz in El Paso abzuhalten, um über Maßnahmen zur Abwendung der beiden Republiken drohenden Gefahren zu beraten. Zugleich wandten sich die Vertreter der Arbeiterorganisationen zu Katana an das Proletariat der Vereinigten Staaten mit einem Aufruf, der Arbeiterklasse Mexikos in ihrem Kampf gegen das amerikanische Kapital und die mexikanischen Reaktionen beizustehen, die sich bemühen, beide Republiken in einen blutigen Krieg zu stürzen.

Ueber einen weiteren Schritt der mexikanischen Arbeiter wird dem „Avanti“ aus Paris berichtet. Danach haben sich 37 Gewerkschaften des Volkshauses (Casa del Popolo) in Mexiko mit einem Appell an die sozialdemokratische Partei Spaniens gewandt. Dies der Wortlaut der Depesche, die in ihrem Namen an Pablo Iglesias abgefaht wurde:

„Die Föderation der mexikanischen Gewerkschaften wendet sich an Sie, den Führer des spanischen Sozialismus, und ersucht Sie, die spanischen Genossen zur Entfaltung einer energischen Protestaktion gegen die Intervention der Vereinigten Staaten in Mexiko aufzufordern.“

Ihr müßt es den Seelen eurer Nation, die unsere Mutter ist, tief einprägen, ihr müßt es den Völkern Europas und der Vereinigten Staaten klar machen, wie ungeheuerlich die Intervention der Vereinigten Staaten in Mexiko ist, die vom amerikanischen Kapitalismus und vom amerikanischen und mexikanischen Merkantilismus veranlaßt wurde. Eine solche Intervention hat nur das eine Ziel, die durch die mexikanische Revolution errungenen Erfolge zunichte zu machen. Neue unserem Prinzip werden wir alles aufbieten, um einen drohenden Konflikt zu vermeiden. Aber wenn unsere Vermählungen vergeblich sein sollten, so werden wir wissen, uns mit Gewalt dem Angriff einer Regierung zu widersehen, die, um uns unsere Errungenschaften zu entreißen, die Arbeiter zweier Schwesterationen unarmherzig aufeinander heßt.

Wir hoffen, daß unter Appell der erste Schritt zur Annäherung und Verständigung zwischen den Genossen zweier Erdteile sein wird.“

Letzte Nachrichten.

Zur deutschen Offensive vor Verdun.

Berlin, 3. August. (W. Z. B.) Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt über einen wichtigen Fortschritt der Deutschen vor Verdun:

Während der gestrige amtliche deutsche Heeresbericht die günstige Lage der Deutschen, vor allem an der Somme, hervorhob und die Aussichtslosigkeit der dortigen feindlichen Angriffe, die besonders von den Engländern ganz außerordentlich große blutige Opfer fordern, ohne auch nur an irgend einer Stelle die deutsche Linie zu erschüttern, verzeichnet der heutige Bericht einen wichtigen Fortschritt der deutschen Offensive vor Verdun, und zwar an zwei Stellen zugleich: sowohl westlich und nordwestlich des Werkes Thiaumont, als auch am östlichen Wege von Douz nach Souville, wo es gelang, die Vergänge nordöstlich der Feste Souville zu gewinnen und den Feind im Vergwalde sowie im Laufe-Wäldchen wesentlich zurückzudrängen. Bester Erfolg ist von um so größerer Bedeutung, als durch die Erstürmung der dortigen französischen Stellungen zugleich die so außerordentlich wichtige Tavannoschlucht von den Deutschen beherrscht wird. Alle Versuche der Franzosen zur Wiedergewinnung der verlorenen Stellungen im Vergwald waren erfolglos. Die äußerst heftigen Gegenangriffe wurden sämtlich blutig abgewiesen, sie beweisen indes, wie große taktische Bedeutung auch die Franzosen dem Besitz dieses wichtigen Geländeabschnittes beimessen. Durch diesen neuen, schönen Erfolg der tapferen deutschen Truppen ist die deutsche Offensive vor Verdun um einen erheblichen Schritt voran gekommen. Zugleich beweist dieser Erfolg der Deutschen, daß die nun schon über fünf Wochen anhaltende Offensive der Engländer und Franzosen an der Somme nicht einmal die Entlastung der schwer leidenden französischen Truppen bei Verdun bisher hat erreichen können.

Ein Danktelegramm des Kaisers an Professor Harnack.

Berlin, 2. August. (W. Z. B.) Seine Majestät der Kaiser hat an den Wirklichen Geheimen Rat von Harnack ein nachstehendes Telegramm gerichtet:

Wärmsten Dank für die Werbung von der freudigen Aufnahme Retner dem deutschen Volk an der Schwelle des dritten Kriegsjahres gewidmeten Worte in der durch Ihren Vortrag begeisterten patriotischen Versammlung der Reichshauptstadt. Wilhelm I. R.

Hochverratsprozeß in Wien.

Wien, 2. August. (W. Z. B.) Vor dem Wiener Landwehr-Divisionsgericht wurde am 30. Juli nach vierzehntägiger Dauer der Prozeß gegen die Reichsratsabgeordneten Choc, Durival, Bojna und Ketschik wegen des Verbrechens der Mitschuld am Hochverrat in öffentlicher Verhandlung zu Ende geführt. Dem von der Militärverwaltung durchgeführten Ermittlungsverfahren lagen eigenhändige von den genannten Beschuldigten in einem besonderen Verfahren beschlagnahmte Aufzeichnungen des ins Ausland geflüchteten, wegen Hochverrats verfolgten Professors Marchal über eine Beratung desselben mit den angeklagten Abgeordneten zugrunde. Die Angeklagten wurden im vollen Umfange der Anklage für schuldig erkannt und zu schweren verurteilt. Choc, Durival und Bojna zu sechs Jahren, Ketschik zu fünf Jahren, Bojna und Ketschik zu je einem Jahre verurteilt. Der Verteidiger meldete die Wichtigkeitsbeschwerde und Berufung an.

Maßregelung englisch-indischer Offiziere.

Rotterdam, 2. August. (W. Z. B.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Es findet allgemein Beifall, daß die Regierung von Indien drei hohe Offiziere entlassen hat, die dafür verantwortlich waren, daß bei einem Truppentransport von Airachi eine große Anzahl von Soldaten den Sonnenstich bekamen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Mangelnde Kriegsbeschädigtenfürsorge im Gastwirts- gewerbe.

Zwischen den maßgebenden Unternehmerorganisationen im Gastwirtsgewerbe Groß-Berlins und den Betrocht kommenden Ge-
hilfenorganisationen ist vor einiger Zeit eine Arbeitsgemeinschaft
abgeschlossen worden, welche die Unterbringung der Kriegsbeschädigten
im Beruf zum Zweck hat. Die Ausführung dieses Abkommens ist
dem paritätischen Arbeitsnachweis für das Gastwirtsgewerbe über-
tragen worden. Es hat sich aber gezeigt, daß die gastwirtschaft-
lichen Großbetriebe fast gar kein Interesse für diese Angelegenheit
haben. Um sie für die Kriegsbeschädigtenfürsorge zu interessieren,
hatte das Kuratorium des paritätischen Arbeitsnachweises zu seiner
am Mittwoch unter dem Vorsitz des Magistratsrats Dr. Gertb
abgehaltenen Sitzung 43 Großbetriebe eingeladen. Man erwartete, daß
eine Aussprache mit den Leitern der großen Unternehmungen einen
günstigen Erfolg für die Kriegsbeschädigtenfürsorge haben würde. Leider
muß bemerkt werden, daß ein solcher Erfolg nicht zu erzielen war.
Denn von den 43 Eingeladenen waren nur 7 erschienen (1) und von den
Nichterscheinenden hatten nur einzelne ihr Fernbleiben
entschuldigt. Wie festgestellt wurde, war auch ein für die Kriegs-
beschädigtenfürsorge eingeladener Vertreter des Berliner Magistrats
nicht erschienen.

Die Kuratoriumsmitglieder, welche zu dieser Angelegenheit das
Wort nahmen, bedauerten lebhaft, daß die Einladungen zu dieser
Sitzung einen so geringen Erfolg hatten. Es wurde betont, daß die
Beschäftigung der Kriegsbeschädigten — soweit irgend möglich — in
ihrem Beruf allgemein als vaterländische Pflicht bezeichnet worden
sei. Leider müsse aber festgestellt werden, daß die großen
gastwirtschaftlichen Unternehmungen sich dieser
Pflicht zu entziehen suchen. In kleinen Betrieben, die
nur wenige Personen beschäftigen, könne eine nennenswerte Zahl
von Kriegsbeschädigten nicht untergebracht werden. Dagegen würde
es den großen Betrieben mit ihrem nach Hunderten zählenden
Personal nicht schwer fallen, Kriegsbeschädigten, wenn nicht
gerade als Kellerer, so doch auf irgend einem anderen für sie
geeigneten Posten zu beschäftigen. Mit Bedauern müsse bemerkt
werden, daß die Leitungen von Großbetrieben nicht nur kein
Interesse für die Kriegsbeschädigtenfürsorge zeigen, sondern sich sogar in bestimmten Fällen ge-
weigert haben, Kriegsbeschädigte zu beschäftigen.
In den großen Betrieben gebe es mancherlei Beschäftigung, wo der
betreffende Angestellte mit dem Publikum gar nicht in Verührung
komme, also nichts gegen die Beschäftigung einer solchen Stelle durch
einen Kriegsbeschädigten geltend gemacht werden könne. Leider seien
aber eine Anzahl von Fällen bekannt, wo intelligente, schreib-
gewandte und sprachkundige junge Leute, die sich als Kellerer nicht
mehr eignen, nicht einmal einen gewöhnlichen Schreibposten im
Bureau irgend eines Großbetriebes hätten bekommen können. So
lange sich die Leiter der großen Betriebe nicht für
die Unterbringung der Kriegsbeschädigten interessieren, sei an
eine Durchführung der Kriegsbeschädigtenfürsorge im Berliner Gas-
tirtsgewerbe nicht zu denken und es könnte dann eintreten,
was durch die Arbeitsgemeinschaft verhindert werden sollte:
Daß die Kriegsbeschädigten Gastwirtsgehilfen, mit dem Leierlasten von
Hof zu Hof gehend, ihr kümmerliches Brot suchen müssen.

Ein anwesender Vertreter des Interessenverbandes für das
Berliner Gastwirtsgewerbe bemerkte, sein Verband werde sich mit
dieser Angelegenheit befassen und eine Versammlung zu diesem
Zweck abhalten. Er nehme an, daß der Interessenverband, dem die
meisten der zu dieser Sitzung Eingeladenen angehören, ein gutes
Resultat erzielen werde.

Die Sitzung beschloß, die Leiter der großen Betriebe nochmals
zu einer Aussprache über die Kriegsbeschädigtenfürsorge einzuladen.

Die Töpfer Berlins hielten am Dienstag eine außerordentliche
Generalversammlung ab. Es handelte sich darum, wie nach dem
Beschluss der vorhergehenden Versammlung, wonach nur ein An-
gestellter in der Verwaltung zu verbleiben habe, die Geschäfte weiter-
geführt werden sollten. Die große Mehrzahl der Bezirksversamm-
lungen hatte sich für die Beibehaltung zweier Angestellten aus-
gesprochen, und es lag ein dahingehender Antrag des Bezirks Moabit
vor. Nach dreistündiger Debatte stimmten per Zettel 59 Anwesende
dafür, 40 dagegen, ein Zettel war unbeschrieben. Der Vorsitzende erklärte,
daß wenn mit der Zeit die Arbeiten in der Verwaltung sich ver-
ringern sollten, und ein Angestellter die Arbeit bewältigen könne,
ohne weiteres der zweite abtreten werde.

Ferner wurde ein Antrag angenommen, demzufolge das Bureau
wieder morgens von 8 Uhr an geöffnet sein soll.

Des weiteren wurden die Ersatzwahlen zum Vorstand er-
ledigt.

Betreffs des Beschlusses der letzten Versammlung, daß von der
Verwaltung keinerlei politische Druckversuchen mehr ins Feld ge-
sandt werden sollen, erklärte Richard Schmidt: die meisten von
enen, die dem Beschluss zugestimmt, hätten die „Fadel“ gar nicht

gekannt. Er stehe in regem brieflichem Verkehr mit diesen Verbands-
kollegen und sei von diesen immer gebeten worden, Lesestoff ins
Feld zu schicken. Der „Vorwärts“ gehe auch ins Feld, darum werde
die „Fadel“ auch hinausgeschickt, als Ergänzung, um eine einseitige
Information zu verhindern. Er habe heute eine Anzahl Exemplare der
„Fadel“ in der Versammlung zur Verteilung gebracht, damit die
Anwesenden einmal sehen könnten, wie die „Fadel“ eigentlich
aussehe.

*) Wir möchten, um Mißverständnisse nicht aufkommen zu lassen,
von vornherein bemerken, daß der „Vorwärts“ nicht etwa von der
Organisationsleitung der Berliner Töpfer ins Feld geschickt wird.
Ob sich unter den Feldpostbesitzern eine erhebliche Zahl von Töpfern
befindet, vermögen wir nicht zu sagen.

Ausland.

Löhne und Produktionskosten.

Sir Leo Chiozza Money führt im „Daily Express“ vom 21. Juli
aus: „Es ist mit Freuden zu begrüßen, daß die Löhne durch den
Krieg gestiegen sind, und daß keine Aussicht vorhanden ist, daß sie
nach dem Kriege zu der früheren niedrigen Basis zurückkehren. In
Ländern, die die höchsten Löhne zahlen, werden die billigsten Waren
erzeugt, denn der Fabrikant ist gezwungen, die billigste Herstellungs-
weise anzuwenden. Der schlecht bezahlte Arbeiter arbeitet nicht
intensiv und besitzt keine Kaufkraft.“

Nehmen wir als Beispiel das Automobil. Vor dem Kriege war
das englische Auto ein teurer Artikel, das amerikanische dagegen
billig, und doch wurde ersteres von einem schlecht, letzteres von einem
gut bezahlten Arbeiter hergestellt, der doppelt so viel verdiente als
der englische. Dasselbe ist der Fall bei Wasserrohren; Amerika
produziert besser und billiger als England. Wenn der Krieg zu
Ende ist, müssen die Arbeiter Löhne erhalten, die sie überzeugen, daß
eine möglichst große Produktion in ihrem eigenen sowohl wie im
Interesse der Nation liegt.

Aber nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Land-
wirtschaft sind hohe Löhne nur von Vorteil. In den Teilen Eng-
lands, wo die niedrigsten Löhne bezahlt werden, ist die Produktion
am geringsten. Die Einführung von Mindestlöhnen wird für die
Landwirtschaft nur von Nutzen sein. Wenn die Löhne in England
nicht höher werden, als sie vor dem Kriege waren, dann werden
unser Leute mit den Kanadiern und Australiern, mit denen sie
seit an Seite kämpfen, in deren Heimat auswandern.

Es war höchste Zeit, daß wir uns der Situation bewußt
wurden, und das verdanken wir dem Krieg. In Deutschland
wurden die Löhne vor dem Kriege immer höher, und das war die
Folge von Massenproduktion, auf die wir uns werfen müssen,
während wir uns bis jetzt mit Kleinigkeiten zufrieden gaben. Dafür
haben wir im Kriege bitter büßen müssen, und ich hoffe, daß wir
im Frieden aus der Lehre Nutzen ziehen werden.“

Aus der Partei.

Eine Nichtigstellung.

Vom Genossen Kautsky erhalten wir folgende Erklärung:
Der „Vorwärts“ bringt heute (2. August) eine Zuschrift, die sich
gegen meine in dem Artikel über Jaurès' angebene Auffassung
der Zimmerwalder Konferenz wendet. Die Redaktion stellt in Aus-
sicht, sie werde zu dieser Frage selbst Stellung nehmen. Dabei will
ich ihr natürlich nicht vorgreifen. Ich möchte mit folgenden Zeilen
nur einer trigen Deutung meiner Ausführungen vorbeugen.

Die in Rede stehende Zuschrift erweckt den Glauben, als hätte
ich an den Zimmerwalder Beschlüssen Kritik geübt und behauptet,
in Zimmerwald sei die bestehende Organisation der Internationale
tatsächlich in die Luft gesprengt worden.

In Wirklichkeit sagte ich bloß, einzelne Teilnehmer
an der Konferenz hätten erklärt, die Neubildung der Internationale
müsse dann begonnen werden, daß sie gesprengt und ihre Beschlüsse
für nichtig erklärt würden. Tatsächlich haben jene Teilnehmer, nicht
bloß in Zimmerwald selbst, sondern schon vorher wie auch nachher
erklärt, die bestehende Internationale sei nicht mehr lebensfähig,
die alten Parteien in den meisten der kriegführenden Länder müßten
gesprengt werden und höchst wichtige Beschlüsse, die die Inter-
nationale in der Kriegsfrage einstimmig gefaßt hatte, seien Anstimm.
So schrieb z. B. die Genossin Roland-Holt im „Vorboten“ vom
1. Januar:

Wir sollen offen erklären, daß eine vom Internationalen
Sozialistischen Bureau herbeigeführte Einigung (der Internationale)
überhaupt nur Schein, Lüge, Schwindel bedeuten kann, eine eilige
Komodie, ausgeführt zu erneutem Betrug der Massen... Aber
eine solche rücksichtslose Offenheit hat wohl zur Konsequenz die
Spaltung, national wie international? — Gewiß, und auch die
Notwendigkeit der Spaltung sollen wir den
Massen klar machen.“ (Im Original gepernt.)

Diese einzelnen Teilnehmer wurden vielfach als die
eigentlichen führenden Geister der in Zimmerwald vertretenen Ge-
nossen angesehen. Daher kam es, daß in manchen Kreisen, die mit
den dort gefaßten Beschlüssen im wesentlichen übereinstimmten,
starkes Mißtrauen gegen die Absichten der Konferenz Platz griff, das
ihre Wirkungen ebenso beeinträchtigte, wie etwa die Opposition gegen
die Fraktionsmehrheit in Deutschland durch die Propagierung der
Vertragsperre beeinträchtigt wurde.

Das muß am meisten gerade derjenige bedauern, der den Ver-
stärkungen der Zimmerwalder Mehrheit den besten Erfolg wünscht.
K. Kautsky.

Die französische Minderheit.

Genosse Jean Longuet erhebt im „Populaire“ einige Ein-
wendungen gegen unsere Artikel über die französische Minderheit
(„Vorwärts“ vom 8. und 9. Juli). Genosse Longuet verteidigt die
Haltung der französischen parlamentarischen Minderheit, die mit
Ausnahme der Genossen Blanc, Brizon und Raffin-Dugens nicht
nach Zimmerwald gegangen sind, noch gegen die Kriegskredite ge-
stimmt haben. Longuet meint, daß der „Vorwärts“ sich durch seine
Haltung abgesehen dem Standpunkt von Zimmerwald verdrängen
habe und er bemängelt insbesondere unsere Bemerkung über den
Beschluss der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands zu Newcastle.
Wenn Longuet dabei von neuem erklärt, dieser Beschluss sei zu
„tolstolisch“, und „herbeistich“, so verweisen wir ihn auf das, was
wir in Nr. 187 vom 20. Juli gesagt haben. Genosse Longuet scheint
zu übersehen, daß sich seine ganze Kritik ja nicht nur gegen den
„Vorwärts“, sondern gegen alle mit Zimmerwald einberstandenen
„Minderheiten“ und nicht zuletzt auch gegen die französische Minder-
heit am R. erhebt und Brizon richtet. Unser Artikel hatte
aber gerade den Zweck, darauf hinzuwirken, daß auch in Frankreich
die Opposition keineswegs mit der parlamentarischen Minderheit zu-
sammenfällt. Dabei überleben wir keineswegs, daß die Lage der
französischen Minderheit in Frankreich eine unvergleichlich schwierigere
ist als die der deutschen Minderheit.

Wir hatten uns in unserem Artikel auf die Ausführungen eines
in der Schweiz lebenden französischen Sozialisten Henry Guil-
beaux gestützt. Genosse Longuet glaubt den Wert dieser Kritik
deshalb geringer schätzen zu können, weil Guilbeaux in Genf lebe
und ein junger Anarchist sei. Wir wollen demgegenüber fest-
stellen, daß Genosse Guilbeaux erst seit einem Jahre in der Schweiz
lebt und bis dahin zu Paris in engen persönlichen Beziehungen zu
der französischen Minderheit gestanden hat und auch jetzt noch steht.
Genosse Guilbeaux ist weiter Mitglied der Schweizer sozialistischen
Partei. Seine Kritik wird auch in Frankreich geteilt, wie, um
nur ein Dokument herauszugeben, ein Artikel des „Populaire du
Centre“ vom 30. Juni 1918 beweist, in dem sich Verfeiler über die
Haltung der parlamentarischen Minderheit und des von Longuet ge-
leiteten „Populaire“ beklagt. Es liegt uns, wie wir schon in unsern
Artikeln von Anfang Juli unterstrichen, völlig fern, untereirdisch die
französische Minorität schulmeisterlich zu wollen. Aber wir legen
ebenfalls großen Wert darauf, demjenigen Teil der französischen Minori-
rität besondere Sympathien auszusprechen, mit dem wir am meisten
übereinstimmen.

Protest gegen die sozialdemokratischen Nationalauschussführer.

Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt:
Einen scharfen Protest gegen die Teilnahme sozialdemokratischer
Redner an der Kundgebung des Nationalauschusses hat der er-
weiterte Kreisvorstand des Sozialdemokratischen Vereins Essen
beschlossen. Er lautet:

Nach unabweisbaren Meldungen reden in den Versam-
lungen des sog. Nationalauschusses am 1. August neben Imperia-
listen wie Mohrbach auch die Sozialdemokraten Dr. Südekum,
Dr. August Müller und Hendrich.

Der Nationalauschuss richtet seine Propaganda ausdrücklich
auch gegen die Gegner von Annexionen. Zu diesen gehört die
Sozialdemokratie auf Grund ihres Programms und gemäß den
Beschlüssen der Reichstagsfraktion und des Parteiaussschusses vom
August 1915, die in verhärteter Form von der letzten Sitzung des
Parteiausschusses wiederholt wurden.

Wenn Parteivorstand und Reichstagsfraktion einer solchen
Durchkreuzung sozialdemokratischer Politik widerspruchslos zusehen,
laden sie damit die Verantwortung für ständig steigende Verbitte-
rung der Genossen im Lande auf sich.

Der erweiterte Kreisvorstand des Sozialdemokratischen Vereins
Essen fordert deshalb vom Parteivorstand und von der Reichstags-
fraktion entschiedenen öffentlichen Einspruch gegen das Verhalten
der genannten Genossen.

Der Protest wurde dem Parteivorstand überandt. Der wird
wenig damit anzufangen wissen. Denn die sozialdemokratischen
Förderer des Nationalauschusses können sich ihm gegenüber darauf
berufen, daß die Politik des Ausschusses die des Kanzlers ist, und
die Unterstützung der Kriegspolitik des Kanzlers gilt doch dem
Parteiausschuss und seiner Anhängerschaft als die einzige vernünftige
Realpolitik. Der weise Realpolitiker aber muß sich gewöhnen, noch
ganz andere Dinge zu schluden als einige kleine Annexionen.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsdividenden der Papierfabriken. Zu den industriellen Unter-
nehmungen, deren Gewinne durch den Krieg erheblich gesteigert
wurden, gehören auch die Papierfabriken. So ergibt der Abschluß
der Kröllwitzer Aktien-Papierfabrik für das am
30. Juni beendete Geschäftsjahr wieder einen ganz netten Profit.
Nach Kürzung der auf 104.711,71 M. festgesetzten Abschrei-
bungen und unter Hinzurechnung des Vortragens aus
1914/15 sowie eines Betrages für verfallene Dividendenscheine
betrifft sich der Reingewinn auf 829.358,71 M. Der General-
versammlung soll die Verteilung einer Dividende von 12 Proz. in
Vorschlag gebracht werden.

Die Amendorfer Papierfabrik schneidet noch be-
deutend günstiger ab. Bei den üblichen Abschreibungen soll der auf
den 28. Oktober einzuberufenden Generalversammlung vorgelegt
werden, eine Dividende von 26. Prozent auszuschütten. — Den
Zeitungen, die den Papierfabriken wahrlich hohe Preise für Druck-
papier zahlen müssen, geht es bekanntlich weniger gut.



Trustfrei

Trustfrei

„Unsere Marine“ - Zigarette

2 1/2 Pfg. einschließlich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung
behalten unsere Zigaretten ihre
alten anerkannten Qualitäten!

Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft, Zigarettenfabrik, Dresden-A.

Der seinen Winterbedarf in
Schuhfett

jetzt

beschafft, kauft billiger als
während der Saison.

Tran muß das Schuhfett enthalten,
wenn es wasserdicht machen
soll.

Dr. Gentner's
**Schuhfett Tranolin und
Universal-Tran-Vederfett**

sind erstklassige Schuh-
fette und können prompt ge-
liebert werden. Genie der be-
liebte nichtabfärbende Del-
Wachs-Vederputz Mignin.

Seeerführerplatt.

Fabrikant: Carl Gentner, Chem. Fabrik,
Göppingen (Württbg.).

Schutzmarke

Berlin SO. 16,
H. & P. Uder, Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak von
G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
Amt Horitzpl. 3014.

Chronik des Weltkrieges.

3. August 1914.

Eine amtliche Mitteilung meldet, daß der deutsche Botschafter in Paris angewiesen worden sei, seine Pässe zu fordern, da Frankreich durch Patrouillenangriffe und Bombenwürfe von Fliegern in Baden und Bayern den Kriegszustand eröffnet habe.

Nach einer Petersburger Meldung werden durch Kaiserlichen Ufas Reichsduma und Staatsrat einberufen und ein Memorandum angeordnet. Großfürst Nikolai Nikolajewitsch ist zum Generalkommissar der russischen Streitkräfte ernannt worden.

Die Schweiz und Schweden erklären ihre Neutralität und treffen militärische Vorbereitungen zu ihrem Schutze. Auch die Türkei beschließt eine teilweise Mobilisierung.

Italien gibt die amtliche Erklärung ab, daß es gemäß dem Geist und Wortlaut des Dreibündnertrages Neutralität beobachten werde.

Die Seuche der Sensationsnachrichten setzt ein. Aus Mexiko wird gemeldet, daß ein französischer Arzt, der mit Hilfe französischer Offiziere versucht habe, Brannen mit Cholerabazillen zu vergiften, Standrecht erschossen worden sei. W. T. B. dementiert spät abends die Nachricht.

Von der Ostfront wird amtlich die Befehung von Czernowitz, Bendzin und Kalisch durch deutsche Truppen gemeldet.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß in einer Sitzung, für die Kriegskredite zu stimmen.

3. August 1915.

Im Westen kleinere Kämpfe in der Champagne, den Argonnen und den Vogesen.

Im Osten an der ganzen Front Fortdauer des Vormarsches der verbündeten Armeen, wobei insgesamt rund 10 000 Gefangene eingebracht werden.

In der Tiroler Front die üblichen Stellungskämpfe.

Eine amtliche deutsche Meldung bestätigt die Kapitulation der Schutztruppe von Südwestafrika.

Aus der Schweiz kommt die Nachricht, daß es England gelungen sei, durch eisernen Riesenstahlwerke den Kanal zwischen Dover und Calais abzusperren und gegen Angriffe aller Art zu sichern.

Der russische Botschafter in London gibt die ausdrückliche Erklärung ab, daß Rußland nur gemeinsam mit England Frieden schließen werde.

Zur Ausländerfrage in den Gewerkschaften.

Die Frage der Zuwanderung ausländischer Arbeiter nach dem Kriege findet in der Presse und den Arbeiterorganisationen des In- und Auslandes in steigendem Maße Beachtung. Diese Frage war bekanntlich Gegenstand der Beratungen der Pariser Konferenz der französischen, belgischen und italienischen Gewerkschaftsvertreter im verflochtenen Frühjahr und hat auch den französischen Gewerkschaftsbund zur Ausarbeitung bestimmter Resolutionen zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der zugewanderten Arbeiter und zum Schutz ihres Koalitionsrechts veranlaßt. Eine Stellungnahme der deutschen Gewerkschaften zu dieser Frage liegt eigentlich noch nicht vor. Wohl im „Grundstein“, dem Organ des Bauarbeiterverbandes, ist dieses Problem in zwei Artikeln behandelt worden, die namentlich in der italienischen Arbeiterpresse lebhaft Beachtung gefunden haben. Daß die Diskussion über die Ausländerfrage gerade hier eingeleitet hat, erklärt sich wohl daraus, daß nach der Verfassung von 1907 14 Proz. der Arbeiter im deutschen Baugewerbe Ausländer waren, von denen wiederum der überwiegende Teil auf italienische Zuwanderer entfiel. Ein näheres Eingehen auf diese Diskussion hat deshalb neben theoretischen Interessen auch eine eminente praktische Bedeutung.

Den Anstoß für die Diskussion gaben, wie gesagt, zwei Artikel im „Grundstein“, und zwar vor allem eine Einseitigkeit aus den Mitgliedervereinen, die die Redaktion an leitender Stelle abdruckte, ohne sich aber mit allen Ausführungen des Verfassers einverstanden zu erklären. Der Verfasser will von der bisherigen Lage Aufklärung der Ausländerfrage in den deutschen Gewerkschaften nicht wissen. Es sei höchste Zeit, aber zu spät als zu früh, daß die deutschen Arbeiter gegen die Massenemigration ausländischer Arbeitskräfte Front machen, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt die Arbeitslöhne herabdrücken und die sonstigen Arbeitsbedingungen verschlechtern, aber für die gewerkschaftlichen Bestrebungen der deutschen Arbeiter nicht zu gewinnen seien. Die Theorien der Heber-Internationalisten dürften uns nicht mehr abhalten, die eigenen Interessen gebührend zu vertreten. Dann fährt er fort:

„Kommen wir zu Ende. Die deutschen Gewerkschaften müssen ihre bisherige Haltung in der Ausländerfrage von Grund aus ändern. Sie müssen einmal ihren Einfluß bei der Regierung geltend machen zur Erreichung von gesetzgeberischen Maßnahmen, die die Einfuhr ausländischer Arbeitskräfte so regeln, daß den Einheimischen kein Schaden erwächst. Sodann müssen die Tarifverträge zur Lösung der schwierigen Frage herangezogen werden, indem in ihnen das selbstverständliche Recht der deutschen Arbeiterschaft auf Vorrangung bei Befehung der Arbeitsplätze festgelegt wird. Und endlich müssen die deutschen Gewerkschaften dazu übergehen, der Ausländerfrage oder besser gesagt -Plage ohne die herkömmliche Sentimentalität gegenüberzutreten. Wir wollen in Zukunft jeden Ausländer, der mit dem Verbandsbuch seiner heimatlichen Organisation zu uns kommt, so wie bisher mit offenen Armen aufnehmen. Aber die unorganisierte Masse der Ausländer wollen wir als das betrachten, was sie in Wirklichkeit ist, als Gegner, denen wir überall und bei jeder Gelegenheit rücksichtslos entgegenzutreten wollen. Wir werden damit nur das tun, was in anderen Ländern: in England, Frankreich und Amerika schon lange von den Gewerkschaften geübt worden ist.“

Zu diesen Ausführungen bemerkt das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ (Nr. 20 vom 13. Mai 1916):

„Gleich der Redaktion des „Grundstein“ können wir uns nicht mit jedem Wort des Verfassers einverstanden erklären, aber die Grundtendenzen seiner Ausführungen ist jedenfalls der Beachtung wert.“

Das Organ der italienischen „Confederazione generale del Lavoro“ schrieb über den „Grundstein“-Artikel:

„Es ist der „Grundstein“, der so spricht, d. h. die Gewerkschaft der Bauarbeiter, die die meisten Beziehungen zu unseren Arbeitern hat. Und während die Franzosen, ob sie nun Zimmerwälder sind oder nicht, einstimmig die Befestigung aller gesetzlichen Einschränkungen der Freizügigkeit und die Gleichstellung der Fremden mit den einheimischen Arbeitern verlangen, fordern die Deutschen vom

Staat den weitgehendsten Schutz und stellen denen, die sich ihrer Disziplin nicht unterwerfen wollen, kräftige Schläge in Aussicht. Es ist gut, sich dies für alle künftigen Unterhandlungen zu merken.“

Zu diesem Pronunziamento des „Monitore“ nahm im „Avanti“ vom 20. Juni der Chefredakteur Genosse Serrati das Wort. Auch er fand es peinlich, daß der „Grundstein“ nach staatlichen Schutzmaßnahmen ruft, er wendete sich aber bei dieser Gelegenheit auch gegen Rigola, den Generalsekretär der italienischen Gewerkschaftszentrale, der zusammen mit Duaglio und dem Abg. Cabrini an der Pariser Gewerkschaftskonferenz teilgenommen hatte. Sollte — so führte er aus — die erregte Antwort auf den Artikel des „Grundstein“ nur die Verteidigung eines Nationalismus gegen einen anderen sein, so wäre das nicht die Art, den sozialistischen Prinzipien Treue zu halten und die Interessen der Auswanderer zu vertreten. Nach dem Kriege wird die Arbeit der internationalen Erziehung der Arbeiter mit neuer Energie wieder aufgenommen werden müssen, dazu aber werde es nötig sein, gegenüber allen nationalistischen Gewerkschaften die völlige Unabhängigkeit zu wahren, und „daher wollen wir uns sowohl von Berlin wie von Paris fernhalten“.

Diesen Ausführungen Serratis trat Rigola im „Avanti“ vom 20. Juni entgegen. Er zitierte zunächst die Äußerungen des schweizerischen Gewerkschaftsorgans über den „Grundstein“-Artikel: Der Ruf nach gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Einwanderung von ausländischen Arbeitern sei reaktionär, einseitig und kurzfristig; denn die Regierungen der anderen Länder würden mit den gleichen Maßnahmen auch gegen die Einwanderung von deutschen Arbeitern antworten. Die Maßnahmen würden so zweischneidige Schwerter sein, die auch die deutschen Arbeiter verwunden würden. Der Artikelschreiber verpönte auch, daß in den letzten Jahren vor dem Kriege die ausländischen Arbeiter reichlich Ursache hätten, mit den deutschen Arbeitern unzufrieden zu sein; denn deutsche Arbeiter waren es, die als organisierte Streikbrecherkolonnen in allen Ländern erschienen, wo einheimische Arbeiter im Kampfe mit dem Unternehmertum standen, und sie um ihre Erfolge brachten. Bewußt waren die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Deutschland damit nicht einverstanden, ja sie litten selbst schwer darunter; aber die Tatsache der organisierten deutschen Streikbrecherkolonnen in allen Ländern werde dadurch nicht befeitigt. Hebrigen sei die Forderung staatlicher Maßnahmen utopisch. Keine Klassenregierung opfere die Interessen der Arbeiter des Proletariats. Und dann fuhr Rigola fort: Soll den Italienern ein Protest verweigert sein, der den Schweizer erlaubt ist? Nicht die Forderung der Schutzmaßnahmen sei es, die am „Grundstein“-Artikel in Erscheinung trete, sondern der vornehm geringe schätze Ton dieses Blattes, zumal da es in einem Lande erscheine, an dem der Ruf des Streikbrechertums lebe und dessen Haltung so wenig im Einklang stehe mit den internationalen Prinzipien.

In seiner Erwiderung auf diese Ausführungen Rigolas fragte Serrati („Avanti“ vom 24. Juni): Wenn Rigola der Ansicht sei, daß keine Klassenregierung die Interessen der Unternehmenden des Proletariats opfere und nach dem Kriege kein anderes Mittel gegen das Streikbrechertum der Einwanderer übrigbleibe als Propaganda und Organisation, warum habe er, Rigola, zusammen mit Jouhaux und Appleton gegen Merxheim und Bourderon die Klassenregierungen Frankreichs und Englands zu gesetzgeberischen Maßnahmen zugunsten der Auswanderer aufgefordert?

Nach einmal ergriff Rigola zu einer Erwiderung das Wort. Er wüßte zwar, daß die Auswanderung nach dem Kriege ganz anders ausfallen werde, doch glaube er, daß besonders in Frankreich als dem Schauplatz der kriegerischen Ereignisse die Bedrückung nach dem Kriege sehr zunehmen werde, daher wüßte er daran gedacht werden, wie die Interessen der Bauarbeiter zu schützen seien. Seine Zustimmung zur Zimmerwälder Resolution bedeute nicht den Verzicht, auch weiter mit solchen Arbeiterorganisationen zu verhandeln, die am Bürgerfrieden teilgenommen hätten. Er habe den „Grundstein“ zitiert, weil der gereizte Ton der Zeitschrift ihm charakteristisch erschienen wäre. Er selbst wüßte sehr wohl zwischen den regierenden Klassen in Deutschland und dem deutschen Proletariat zu unterscheiden und könnte beweisen, daß er sich bemüht genügen sei, auch den Deutschen gegenüber strengste Unparteilichkeit zu wahren. Der „Grundstein“ scheine sagen zu wollen, das Prinzip der Organisation allein genüge nicht mehr, daher seien Maßnahmen nötig, die das Schweizer Organ als reaktionär, einseitig und kurzfristig bezeichne. Trotzdem habe er gesagt: Wenn sich auch der „Grundstein“ auf den Boden des Nationalismus stelle, so hoffe er, Rigola, doch immer noch, daß es einmal möglich sein werde, die internationale zu rekonstruieren. In Paris sei erklärt worden, wenn die direkte gewerkschaftliche Aktion allein unzureichend sei, die Unternehmer an der Einführung fremder Streikbrecher zu hindern, so müsse die Einführung eines Kontrollorgans durch den Staat gefordert werden, das paritätisch aus Arbeitern und Unternehmern zusammengesetzt ist und die Einwanderung überwacht. Zugleich wurde die gewerkschaftliche und juristische Gleichberechtigung der Ausländer verlangt, damit diese nicht in Gefahr kämen, wegen Beteiligung an den Organisationen und der Agitation ausgewiesen zu werden. Wollte der „Grundstein“ etwas Behutliches — nun wohl —, so wäre er bereit, ihn zu unterstützen.

In einem weiteren Artikel erklärte dann noch Rigola: Der Krieg habe ihn nicht in seinem Gefühl internationaler Solidarität beirert. Die italienischen Arbeiter hätten stets jede Lehre, von welcher Seite sie käme, dankbar angenommen, und das werde auch ferner so sein. In Italien sei lange Zeit hindurch das Streikbrechertum durch Gewaltmittel und durch einen oft grausamen und undarmherzigen Boykott bekämpft worden. Dagegen sei es das deutsche Prinzip gewesen, dem Streikbrecher nichts zuzusetzen, sondern ihn entweder zu isolieren oder ihn zu helfen und zu belehren. Die Italiener hätten sich vor diesem Kriege diese Methoden zu eigen gemacht, in den wichtigsten Auswanderungszentren eine intensive Propaganda entfaltet, und das gleiche hätten die französischen Genossen getan. So wurde schließlich erreicht, daß die Mitglieder der Bauergewerkschaft bei ihrer Einwanderung in andere Länder ohne Obligo einer Einschreibgebühr in die dortigen Gewerkschaften aufgenommen wurden; hätte der Krieg diese friedliche Arbeit nicht unterbrochen, so wären solche Vereinbarungen auch in anderen Ländern, z. B. mit Nordamerika, zustande gekommen. Die einzige, einzige Gewerkschaft, die alle Nationen umfaßt — diese große Idee ist nun nach der Ansicht des „Grundstein“ gescheitert, und die deutschen Gewerkschaften kündigen jetzt an, daß sie ihr Verhalten und ihre Taktik grundsätzlich ändern wollen. — Damit schließt die Diskussion, soweit sie auf die Auswandererfrage Bezug hat.

Als interessantes Schlußwort zu dieser Auseinandersetzung bringt der „Avanti“ am 5. Juli noch einen Artikel der Genossin Angelica Palabanoff. Nach einer Bemerkung, daß sie sich bereits lange vor dem Kriege die Linguade der deutschen Gewerkschaftsmehrheit entgegen hätte, erklärt sie, sie habe die protektionistischen Theorien des „Grundstein“ für ebenso verwerflich wie das Schweizer Bruderorgan. Neue deutschen Sozialisten, die in Deutschland wie in anderen Ländern „unpraktisch“ und „utopisch“ genannt würden, bekämpften alle derartigen Versuche, die Einwanderung zu unterbinden, und zwar nicht nur aus praktischen, sondern aus prinzipiellen Gründen. Sie erinnere sich, daß z. B. auf dem Stuttgarter Kongress ein noch entschiedenerer Protektionismus von den

Amerikanern, wie z. B. Hunter, und von den Australiern beantwortet, von den Deutschen dagegen bekämpft wurde. Die Haltung des „Grundstein“ sei namentlich im gegenwärtigen Moment, wo der Krieg eine so mächtige Schranke zwischen den Arbeitern aller Länder aufgerichtet hat, besonders unverzeihlich. So könne es zwischen den Anhängern Zimmerwälders und der deutschen Gewerkschaftsmehrheit nur einen strikten Gegensatz — theoretisch wie praktisch — geben, denn die Zimmerwälder verwerfen jeden neo-nationalistischen Opportunismus. Wenn jedoch der „Grundstein“ diese Haltung einnehme, so sei dies noch lange kein Grund mit der „Bataille“ zu partiiieren, die den französischen Zimmerwäldern ebenso fernsteht wie der „Grundstein“ den Deutschen.

Politische Uebersicht.

Wann ist der Krieg verloren?

Zu der Polemik des „Berliner Tageblattes“ gegen die Äußerung des Fürsten Salm: „Der Krieg sei verloren, wenn Deutschland nicht Belgien annektiere“, schreibt Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszeitung“:

„Im Grunde handelt es sich natürlich beim Fürsten Salm um die Heberzeugung und Behauptung, daß die Beherrschung der flandrischen Küste durch Deutschland eine der vom Reichskanzler angebotenen realen Garantien für die Sicherheit und Bewegungsfreiheit nach Westen sowie für eine deutsche Freiheit der Meere bilde. . . . Da nun diese reale Garantie — neben den anderen zu verlangenden — eine Lebensnotwendigkeit des Deutschen Reiches und Volkes bildet, so ist die Folgerung unabweislich, daß bei Nichterfüllung einer solchen Lebensnotwendigkeit der Krieg für Deutschland ein verlorener sein würde, trotz allem Heldentum und aller Ausdauer, trotz allen Erfolgen und Siegen unserer Armeen. . . . Eine Politik, wie sie das „Berliner Tageblatt“ befürwortet, ebenso Herr Prof. Delbrück u. a. m., würde den Krieg, als Ganzes betrachtet, zu einem verlorenen machen. . . . Ebenso ist es doch wohl etwas unvorsichtig, daß das „Berliner Tageblatt“ den Gedanken deutscher Beherrschung flandrischer Küste als einen „Annerktionstraum“ bezeichnet. . . . Die Auffassung des Fürsten Salm ist kein „Traum“ auch kein „Annerktionstraum“, sondern die nächste Formulierung einer der realen Garantien, deren Deutschland unbedingt bedarf, wenn ihm der Krieg nicht ein verlorener sein soll. Wie eine solche Beherrschung der flandrischen Küste auszufallen hätte, inhaltlich und formal, ist eine Tat- und Detailfrage, ist keine prinzipielle Frage, sondern eine solche der praktischen Verwirklichung ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Erreichung des Zweckes, daß die Garantie eine wirklich reale sei, also allen Anforderungen der Nachfrage mit Sicherheit Genüge leisten werde.“

Das Zentrum und die „Neuorientierung“.

Die Zentrumsparlei zeigt recht wenig Reigung, an die „Neuorientierung“ heranzugehen. Neuerdings schreibt das Blatt des Reichstagsabgeordneten Dr. Marcour, die „Koblenzer Volkszeitung“ (Nr. 357):

„Unberechtigt ist auch das immer noch wiederkehrende Verlangen, die wiederholt in Aussicht gestellte in erpolitische Neuorientierung schon jetzt während des Krieges eintreten zu lassen. Es liegt doch auf der Hand, daß, wenn zum Zwecke der Reuegestaltung unserer innerpolitischen Verhältnisse mit gesetzgeberischen Maßnahmen heute schon vorgegangen würde, damit viel Jost und Gader im Parlament wie im Lande ausgelöst werden müßte, denn es gibt Parteien, welche eine Neuorientierung für überflüssig und schädlich halten, weil sie bei den gegenwärtigen Verhältnissen sich ganz beßaglich fühlen, während anderen, denen es weniger nach Wunsch geht, die Neuorientierung gar nicht radikal und einschneidend genug ausfallen könnte. Da läßt man die Dinge im Interesse des inneren Friedens doch am besten vorläufig ruhen; nach dem großen Kriege wird eine innerpolitische Auseinandersetzung, wie sie nun einmal unermidlich ist, jedenfalls viel weniger bedenklich und gefährlich sein.“

Kriegsziele eines Arbeiterabgeordneten.

In der „Essener Volkszeitung“ vom 1. August wird über eine Rede berichtet, die der Zentrumsabgeordnete Giesberts am 29. Juli in Essen gehalten hat. Er stellte darin folgende Kriegszieleforderungen auf: Wir werden uns auf keinen Fall mit dem beugigen, was wir vor dem Kriege befohlen. Wir müssen uns diejenigen Stützpunkte sichern, die uns für alle Zeiten vor einem Ueberfall, wie dem diesmaligen, schützen. Wir werden Belgien nicht wieder zum Vorort Englands werden lassen. Die Balkanstaaten müssen von dem englischen Geldbeutel und von gewissenlosen Königen und Großfürsten befreit werden. Im weiteren betonte der Redner, daß unsere „bewährte“ Wirtschaftspolitik selbstverständlich nach dem Kriege beizubehalten sei. Alle Forderungen der christlichen Gewerkschaften hätten sich bewährt, so daß für sie kein Grund zum Umlernen bestehe.

Das Verlangen nach Versammlungsfreiheit.

Die Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Berlin, hat bei der Reichsregierung, unter Hinweis auf das Vorgehen des Nationalauschusses, beantragt, ihr die Förderung von Friedenszielen und die Veranstaltung von Versammlungen zu diesem Zwecke ebenfalls freizugeben.

Eine Rechtfertigung.

Die „Pössische Ztg.“ wendet sich, unter Bezugnahme auf die von uns in Nr. 207 wiedergegebene Glossierung ihres Berichterstatters Max Theodor Wehrmann in der Wiener „Arbeiterzeitung“, an uns mit einer Zuschrift, in der sie darauf hinweist, daß Herr Wehrmann keineswegs erst in der Kriegszeit „aufgetaucht“, sondern beinahe ein Jahrzehnt der Petersburger Korrespondent der „Täglichen Rundschau“ gewesen sei. Zu dem kritisierten Artikel habe Herr Wehrmann gleichgültig die „sozialistischen Briefe des Grafen Witte“ mitgelesen (in dem Artikel war übrigens nur von einem Briefe Wittes die Rede), die Redaktion habe aber von der Veröffentlichung der „Faksimilia“ Abstand genommen.

Wir nehmen von dieser Zuschrift gern Notiz, müssen aber gestehen, daß sie weder die Kritik der Wiener „Arbeiterzeitung“ an dem allgemeinen Charakter des Wehrmannschen Artikels widerlegt, noch die wesentliche Frage beantwortet, weshalb Herr Wehrmann diesen für die Beurteilung der russischen Politik so wichtigen Brief Wittes erst jetzt, also fast zwei Jahre nach dem Tode Wittes, zu veröffentlichen für gut befunden hat.

Landtagswahl.

Bei der Landtagswahl in Labiau-Wehlau wurde an Stelle des verstorbenen Antons Schewe der konservative Rittergutsbesitzer v. Soddien-Weiszienen, zurzeit im Felde, mit allen abgegebenen (215) Stimmen gewählt.

Die Erklärung des Ernährungsamtes.

Der gestern veröffentlichten Erklärung des Vorstandes des Kriegs-ernährungsamtes haben sich weiter angegeschlossen: Deutscher Landwirtschaftsrat: Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz. — Hauptauswahlnationaler Arbeiter- und Berufsverbände Deutschlands: Jenen. — Reichsauswahlsch für den Kleinhandel: Dr. Wiler, Findeisen, Dr. Ueberle. — Reichsverband deutscher Städte: Saahmann, Dr. Helian.

Heeresbedarf an Webwaren.

Amlich. Alle für die Heeresverwaltung bestimmten Angebote in Web-, Wirk-, Strick-, Filz- und Seilerwaren und daraus hergestellten Erzeugnissen sind, wie mehrfach in der Presse mitgeteilt, an das Webstoffmeldeamt der Kriegsstoffabteilung zu richten. Die Kriegsstoffabteilung gibt bekannt, daß zurzeit insbesondere Bedarf an leichtem baumwollenen Knochensel, an fertigen Strohhüten und Strohhäutchen, Scheuertüchern und Scheuertuchstoffen sowie an für militärische Zwecke geeignetem Leinen und Baumwollband vorliegt. Angebote hierauf sind trotz der durch die Bekanntmachung vom 10. Juni 1916 angeordneten Verfügungsbeschränkung auch fernerhin gemäß § 17 der Bekanntmachung zulässig. Für diese Angebote sind die amtlichen Vorbrude zu benutzen, die bei den Handelskammern und der Vordruckverwaltung der Kriegsstoffabteilung erhältlich sind.

Das tägliche Brot.

Zur Ernährungsfrage in Sachsen.

Die sozialdemokratische Fraktion der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages hielt in Dresden eine Sitzung ab, in der u. a. zu dem gegenwärtigen Stand der Ernährungsfrage in Sachsen Stellung genommen wurde. Das Ergebnis der Erörterung gipfelte in dem Beschluß, in einer Eingabe, die auf die in Sachsen bestehenden schweren Mängel hinweist, die sächsische Regierung zu einem energischen Vorgehen gegenüber den herrschenden Zuständen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung aufzufordern. In erster Linie wird eine sofortige Herabsetzung der Kartoffelhöchstpreise verlangt. Die Fett- und Futterversorgung Sachsens sei „geradezu katastrophal“, von einer ersprießlichen Tätigkeit des Reichs-ernährungsamtes im Interesse der Verbraucher verspüre man so gut wie nichts. Es wird ferner endlich eine energische und rücksichtslose Bekämpfung des Preiswuchers gefordert, auch die Bereitstellung von Staatsmitteln für die Gemeinden wird verlangt, die vielfach am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Die Organisation lasse nach wie vor sehr viel zu wünschen übrig.

Die Berichte der Fraktionsmitglieder aus den verschiedenen Bezirken des Landes ließen erkennen, daß im allgemeinen die Zustände im Ernährungsamtes als sehr schlimm bezeichnet werden müssen. Bemerkenswert ist auch, daß der Einfluß der sächsischen Regierung auf die in Betracht kommenden Zentralstellen des Reichs sehr gering zu sein scheint.

Ueber den Rückgang des Fleischverbrauchs.

Die Monatsberichte des Städtischen Statistischen Amtes für Dresden enthalten recht interessante Angaben: Danach wurde im Monat März 1916 ein Gesamtfleischverbrauch von rund 3 144 000 Kilo festgesetzt, im gleichen Monat 1915 betrug er aber nur noch 1 047 000 Kilo. Eine noch deutlichere Sprache reden die auf den Kopf der Dresdener Einwohner berechneten Durchschnittszahlen: im März 1915 entfielen 5,49 Kilo auf den Kopf, im März 1916 aber nur noch 1,81. Dabei ist zu beachten, daß bei den Durchschnittsberechnungen der große Unterschied von Bemittelten und Unbemittelten außer Betracht bleibt. Bekannt ist, daß die arbeitende Bevölkerung, welche am ehesten kräftigste Nahrung braucht, Fleisch am wenigsten kaufen kann, weil die Preise zu hoch sind. Am stärksten ist der Rückgang beim Verbrauch von Schweinefleisch, das im März 1915 mit 1 755 000 Kilo an erster Stelle stand und über die Hälfte des gesamten Fleischverbrauchs ausmachte, im März 1916 aber bis auf 263 000 Kilo zurückging. Ueber die Preissteigerungen während der Kriegszeit geben die Zahlen ebenfalls lehrreichen Aufschluß.

Ueber Benachteiligung Sachsens bei der Fleischverteilung wird von der Regierung und den Gemeinden lebhaft geklagt. In einer Eingabe der Stadt Dresden an den Reichsminister wird u. a. darauf hingewiesen, daß Sachsen jetzt noch Schlachtvieh von seinem Bestande an die Zentrale in Berlin abgeben muß, obwohl es schon in normalen Zeiten starke Zufuhre zur Deckung des Bedarfs braucht. Doch unter solchen Umständen zum Beispiel in Berlin zurzeit fast noch einmal so viel Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung verteilt werden kann, wie in Dresden, gibt eine gute Illustration zu diesen Verhältnissen.

Zum Zuckerhandel.

Von verschiedenen Seiten wird Kunsthonig und Marmelade angeboten unter der Bedingung, daß die Käufer gegen Lieferung von Kunsthonig und Marmelade Zuckerbezugscheine geben. Derartige Geschäfte sind nach den gesetzlichen Bestimmungen unzulässig. Zuckerbezugscheine dürfen nur gegen Lieferung von Zucker weitergegeben werden, dagegen ist jede Weitergabe ohne Lieferung von Zucker und jeder Handel mit Bezugscheinen verboten. Wer diesen Bestimmungen zuwiderhandelt, macht sich strafbar.

Berichtigung. Von der J. E. G. erhalten wir folgende Zuschrift: In Ihrer Nr. 210 vom 2. d. Mts. bringen Sie eine Notiz, überschrieben „Unangenehme Situation“, derzufolge die J. E. G. einem Großkaufmann die Lieferung von Kaffee an das III. Armeekorps verboten haben soll. Offenbar liegt eine Verwechslung der J. E. G. mit dem Kriegsauswahlsch für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel, G. m. b. H., Berlin, vor. Die J. E. G. hat mit der Einfuhr und Verschlagnahme von Kaffee überhaupt nichts zu tun.

Aus Groß-Berlin.

Leiermanns Glück und Pech.

Bald nach Kriegsausbruch war in Groß-Berlin der Leierkastenmann, dessen armseliger Beruf schon dem Aussterben zu neigte, wieder eine vielbeachtete Persönlichkeit. Mit jeder neuen Kriegswache stiegen seine Akten. Geschäftstüchtige Leute hatten schnell, genau wie Anno 1870, die Drehorgelwalzen umarbeiten und auf nationale Töne stimmen lassen. Einen Leierkasten ohne Kriegsmelodien gab es nicht mehr. Wo nur das gefühlvolle Lied vom Wiedersehen der Heimat erkante, öffnete es die Herzen und den Geldbeutel. Man gab in der noch frischen Begeisterung Stimmung gern und reichlich. Auch die damals von allen Seiten gehörte Moralpredigt, es dürfe nie wieder der alte jämmerliche Zustand eintreten, daß Kriegskrüppel, mit Kriegsehrenzeichen geschmückt, leidend um Pfennige betteln, stärkte die Gebelane. Sah man doch auch jetzt als Leiermänner fast ausschließlich Leute, die irgend ein äußerlich erkennbares Gebrechen hatten und damit das Mitleid wachriefen. So war es schon die ganzen Jahre zuvor gewesen, aber damals hatte man für die Leiermänner, deren Gedudel als nicht mehr in die Großstadt passend angesehen wurde, nicht viel übrig. Es war Hungerleiderbrot. Hunderte von Berliner Höfen blieben der Drehorgel durch Hauswirtsgebot verschlossen. In den Vororten durfte, wie noch heute, nur auf der Straße und an gewissen Wochentagen geleiert werden. Selten fiel das geldbeschwerte Papierchen aus den

Vorderhäusern. Dienstmädchen und Hinterhausbewohner opferten allenfalls noch, besonders wenn zu der Orgel der Singfang nicht fehlte.

Jetzt nach Kriegsbeginn regnete es wieder halbe und sogar ganze Nidel. Das Fett schöpften freilich die Drehorgelverleihgeschäfte ab. Sie wollten ihre Unkosten einbringen und schraubten die Paßt hoch, waren ja schon immer die Drohnen gewesen und ließen den Krüppel sich mit dem schweren Rufflasten von Haus zu Haus schleppen.

Mit der unerwartet langen Dauer des Krieges hat sich das Bild abermals geändert. Die Verleihgeschäfte sind „aufgeschmissen“, was im allgemeinen kein Schaden ist. Wer will denn jetzt noch geben. Die Teuerung hat die Begeisterung und das Mitleid gezügelt. Das schönste Kriegslied zieht nicht mehr. Erst Friedensschalmeien werden wieder die Sechser aus der Tasche locken. Dann wollen wir uns das Freudenorgeln gern abermals eine Weile gefallen lassen, wenn hinter dem Leierkasten nicht etwa von neuem der Kriegsverelendete im zerklüfteten Soldatenrock steht.

Heuerungsmaterial auf den Hausböden.

Ans wird geschrieben:

Nach den Bestimmungen für Feuersicherheit sollen bekanntlich Brennmaterialien auf den Hausböden nicht zur Aufbewahrung gelangen. Diese Bestimmungen werden aber vielfach außer acht gelassen.

Das Auffahren von Breksholen und Brennholz auf Hausböden wird vornehmlich von Bewohnern der oberen Stagen beliebt, gemeinlich nur aus Bequemlichkeitsgründen, um das Brennmaterial für den Gebrauch schneller zur Hand zu haben, als wenn es erst aus den Kellerräumen hinaufbefördert werden müßte. Was sich bei dem einen als Bequemlichkeit erweist, bedeutet für den andern eine große Last und Qual. Das letztere trifft nun ganz besonders für die Arbeiter zu, welche in den Kohlengroßhandelsbetrieben beschäftigt sind, die den Transport von Brennmaterial bewerkstelligen müssen.

Das Abtragen von Breksholen auf Hausböden ist eine körperlich sehr anstrengende Arbeit.

Diese Arbeit erschwert sich je nach der Beschaffenheit der Zugänge zu den Häusern bzw. der Treppenanlagen. Das Auffahren von größeren Mengen von Brennmaterial auf den Hausböden wird vorzugsweise in hochherrschastlichen Häusern im Westen Berlins und den weislichen Vororten beliebt. Die herrschastliche Wortrepppe darf beim Abtragen von Brennmaterial nicht benutzt werden. Die Kohlenträger müssen ihre schweren Lasten zunächst durch Kellereingänge und dann auf oftmals dunklen, winzigen Hintertreppen zu den Böden hinauftragen. Mit dem Kellereingang sind somit sechs Treppen zu erklimmen. Was für große Kraftanstrengung von einer Kolonne von vier Mann erforderlich ist, wenn sie 15 000 bis 20 000 Breksholen auf diesen Wegen abtragen müssen kann sich jeder Einsichtige leicht vorstellen. Die Kohlenkleinhändler lehnen daher auch die Beförderung von Heizungsmaterial nach den Hausböden meistens ab. Bei den Kohlengroßhandlungsfirmen ist dies bisher nicht der Fall. Diese glauben mit Rücksicht auf ihre Kundenschaft den Transport von Heizungsmaterial nach den Hausböden nicht ablehnen zu dürfen.

Unwillen und lebhaftige Klagen über das Abtragen von Heizungsmaterial nach den Hausböden befanden schon vor dem Kriege unter dieser Arbeiterschaft. Aber damals verfügten die Arbeitgeber immer über genügend kräftige Leute, so daß diese Klagen niemals so in den Vordergrund traten, als wie es jetzt zur Zeit des Krieges der Fall ist. Es gibt auch heute noch viele solcher Kunden der Kohlengroßhändler, die auch jetzt noch nicht ein Einsehen haben mit den schwachen Arbeitskräften, welche heute den Großhändlern zur Verfügung stehen. Gemeinlich sind es ältere oder ganz jugendliche Arbeiter und auch vielfach Frauen, von denen diese Arbeit verlangt wird. Es wäre daher angebracht, wenn in dieser schweren Zeit und in Anbetracht der heutigen Ernährungsweise der schwer arbeitenden Schichten der Bevölkerung, die Kunden der Kohlengroßhändler im Interesse ihrer Mitmenschen von der Hinaufführung von Heizungsmaterial nach den Hausböden Abstand nehmen und ihren Bedarf in Kellerräumen zur Aufbewahrung bringen würden.

Die meisten dieser Kunden dürften wohl noch über Arbeitskräfte verfügen, welche noch und nach dann das für den Gebrauch erforderliche Heizungsmaterial aus dem Keller nach den Wohnräumen befördern könnten.

Aufgabe der Behörde würde es auch sein, das Lagern von Heizungsmaterial auf den Hausböden zu verbieten.

An Kriegsunterstützungen ausschließlich für Kriegerfamilien sind seitens der Stadtgemeinde Berlin im Juli 10^{1/2} Millionen Mark aufgewendet worden, hierunter mehr als 1,94 Millionen Mark für Mietbeihilfen.

Insgesamt sind bis Ende Juli lediglich an Varnunterstützungen für Kriegerfamilien rund 160 Millionen Mark ausgezahlt worden.

Neue Richtpreise für Obst.

Unter Verüffentlichung der augenblicklichen Lage auf dem Obstmarkt hat die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin beschlossen, ihre Ende Juni für angemessen erklärten Richtpreise für Obst teilweise abzuändern und für einige Fruchtarten in Uebereinstimmung mit den in Betracht kommenden Produzentenverbänden niedrigere Preise festzusetzen.

Die Preise sind in folgender Weise abgeändert worden: Sauerkirschen Preiswage 20 M. pro Zentner (früher 25 M.), gut sortierte echte saure Einnachware, II. Sorte 30 M. pro Zentner (früher 40 M.), Johannisbeeren, gewöhnliche rote und weiße 22 M. pro Zentner (früher 25 M.) — Die übrigen Preise bleiben bestehen.

Abgabe von Hühneriern.

Der Magistrat hat eine am 3. August in Kraft tretende Verordnung erlassen, nach der die Abgabe von rohen Hühneriern, soweit sie nicht dem sofortigen Genuß an Ort und Stelle dienen, in Schank- und Gastwirtschaften, Speisewirtschaften und Speiseanstalten, Bäckereien und Konditoreien verboten ist. Dieses Verbot erstreckt sich sowohl auf inländische wie auf die durch die Zentraleinkaufsgesellschaft gelieferten, durch die Eierverteilungsstelle in den Handel gebrachten ausländischen Eier.

Sammlung der Seifenkartenschnitte.

Nach einer heute veröffentlichten Bekanntmachung des Magistrats haben die Abgeber von Seife die von ihnen abgetrennten Abschnitte der Seifenkarten zu sammeln und monatlich in Paketen an die zuständige Protokommision abzuliefern. Jedes Paket darf nur gleichartige Abschnitte enthalten; es muß mit einer Aufschrift versehen sein, aus der der Inhalt des Pakets (z. B. 100 Abschnitte über 50 Gramm Seifenpulver aus dem Monat August 1916), sowie Name und Wohnung des Abfassers ersichtlich sind.

Stadterwerbner Kaufmann Max Salsinger ist in Schreiberhau im Alter von 68 Jahren gestorben. Der Verstorbene vertrat seit 12 Jahren den 11. Gemeindevahlbezirk in der zweiten Abteilung und war Mitglied der Fraktion der Linken.

32 000 Mark Strafe wegen Höchstpreisüberschreitung.

Wie das diesige Polizeipräsidium mitteilt, ist der Kaufmann Leon Sllarz, Luisenstr. 41 wohnhaft, mit 32 000 M., event. für je 15 M. 1 Tage Gefängnis bestraft worden, weil er die Metallhöchstpreise überschritten hatte.

Großer Andrang herrschte dieser Tage in der Fischerstr. 39/42, wo sich die eingerichtete Zentralstelle für Krankenernährung befindet, um Erlangung von Scheinen zum Milchbezug. Der Andrang war geradezu drängend und es war nicht viel davon zu bemerken, daß vorgeföhrt war. Infolgedessen entstand unter den dort Harrenden, vielfach franken und älteren Personen, großer Mißmut.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Die Erteilung der Erlaubnis zur Verabfolgung von Sahne an Verwundete, Kranke oder Genesende auf Grund ärztlicher Anordnung und ohne solche beim Vorliegen eines unabwiesbaren Bedürfnisses erfolgt künftig in Berlin nicht mehr durch die Polizeireviere, sondern durch die im Medizinikamt der Stadt Berlin errichtete Zentralstelle für Krankenernährung, Fischerstr. 39/42.

„In freien Stunden“ — ein neuer Halbjahrsband.

Der Schatz guter Erzählungsbücher, den unser Berliner Parteiverlag seit Jahren für das arbeitende Volk herrichtet, hat sich um ein neues Stück vermehrt: Ueber 600 Seiten stark liegt ein neuer Band der von Prezang redigierten Wochenschrift „In freien Stunden“ vor, der 30. Halbjahrsband.

Der Band enthält den Roman „Selene“ von Minna Kautsch, den Joseph Damberger reich mit Bildern geschmückt hat. Außerdem sind eine Reihe anderer Erzählungen darin Aufnahme, von denen wir nennen: „Die Belagerung der Pfalzburg“ von Erdmann-Chatrian; „Die „Dankel“ von Friedrich Gerstäder; „Der Waldsteig“ von Walbert Eisler und vieles andere. Wer nach unterhaltendem Scherz verlangt, findet ebenfalls reichlich Stoff in diesem Bande.

Der Band kostet, auf gutem Papier gedruckt, in Leinen gebunden 5 M., der Halbranzband 6 M. Die Wochenschrift „In freien Stunden“ kostet 15 Pf. pro Heft. Alle Volksbuchhandlungen halten den Band vorrätig und nehmen Bestellungen auf die Zeitschrift entgegen.

Ein bedauerlicher Anflug häuft sich in der letzten Zeit auf den Bräcken des Teltowkanals und des Neutöllner Schiffsahrkanals. Von Kindern, die anscheinend während der Ferien unbeaufsichtigt sind, wird abends auf die zurückkehrenden Dampfer Wasser herabgeworfen, mit Steinen geworfen, gepöckelt und ähnlicher Anflug getrieben. Es sei darauf hingewiesen, daß in Zukunft von zuständigen Organen diesem Treiben eine scharfe Aufmerksamkeit geschenkt und mit aller Strenge gegen die Täter eingeschritten werden wird. Es besteht die Gefahr, daß auch die Eltern oder sonstige verantwortliche Personen dieser Kinder, falls sie ihrer Aufsichtspflicht nicht genügend nachkommen, zur Rechenschaft gezogen werden sollen.

Die Leiche eines zwölfjährigen Knaben wurde am Dienstag nachmittag am Schiffbauerdamm gelandet. Es handelt sich um den Knaben Max Rüdle aus Neutölln, der allem Anschein nach selber den Tod gesucht hat.

Großfeuer beschäftigte die Berliner Feuerwehr längere Zeit in der Schönflieher Straße 1, Ecke Dänenstraße 14. Als die Feuerwehr an der Brandstelle anlang, stand der mächtige Dachstuhl des Schaues schon in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten reiche Nahrung gefunden und schlugen an mehreren Stellen hell aus den Dachlufen und Fenstern heraus. Mit fünf Schlauchleitungen von Motorpumpen der Jäge 10, 20, 17 und 21 wurde über eine Maschinenleiter und die verqualmten Treppen angegriffen und kräftig Wasser gegeben. Es gelang, den Brand auf den Dachstuhl zu beschränken. Dieser muß vollständig erneuert werden. — Ein zweiter Dachstuhlbrand kam gestern früh um 4 Uhr in der Frankfurter Allee 321 zum Ausbruch. Hier brannte das Vorderhaus. Dem 7. Zuge gelang es, eine weitere Ausdehnung zu verbüten. Gegen 7 Uhr konnte die Wehr, die mit mehreren Rohren Wasser gegeben hatte, abrüden.

Die Schöneberger Feuerwehr hatte gleichzeitig einen kleineren Fabrikbrand in der Vennigensstraße 21/22 zu löschen, das in der D. Windhoffischen Apparate- und Maschinenfabrik ausgebrochen, bei der Ankunft der Wehr gefährlich ausbrach. Mit zwei Schlauchleitungen konnte dieses Feuer binnen zwei Stunden vollständig gelöscht werden.

Ueber den Brand in Schöneberg wird noch berichtet: In dem Fabrikgebäude des Hauses Vennigensstraße 21/22 betreibt die Windhoffische Fabrik die Anfertigung von Kühlapparaten, sowie von Automobilteilen. Während der Beierpause um Mitternacht der in Nachtschicht beschäftigten Arbeiter brach plötzlich im Laderaum aus bisher ungeläuter Ursache Feuer aus, das sich durch die vorhandenen Spiritusvorräte leicht ausbreiten konnte. Die Feuerwehr erkannte glücklicherweise sofort, und obwohl bereits helle Flammen aus den Fenstern schlugen, gelang es ihr innerhalb einer Stunde, das Feuer Herr zu werden. Die gefährdeten Personen waren bereits in Sicherheit gebracht, doch hatten vier von ihnen Verletzungen, die 20jährige Arbeiterin Erna Rudlow aus Wilmerdorf, Vornhardstr. 3, erlitt schwere Brandwunden im Gesicht, an beiden Händen und Füßen; sie mußte dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus zugeführt werden. Drei andere junge Arbeiterinnen konnten nach Anlegen von Rotverbanden ihre Wohnungen aufsuchen. Der Schaden ist nicht allzu groß, es verbrannten einige Materialvorräte und hölzerne Einrichtungsgegenstände.

Das Apollon-Theater hat am 1. August die Spielfaison mit einem auserlesenen Programm eröffnet. Die Vera-Truppe zeigt sich auf dem Drahtseil zu Hause wie im Wallaal. Elise Garel als Opernsängerin erzielt mit ihrem Ade Maria eine durchschlagende Erfolg. Nicht minder erfolgreich war die Vortragskünstlerin Ilse Bois, deren Parodie auf das Varietésprogramm unaufrichtig applaudiert wurde. Eine Nummer besonderer Art war die Musikal-Szene der Adelman-Familie „Alt-Ränberg“ mit den sonderbarsten Instrumenten. Alte Bekannte sahen wir in der Lorch-Familie mit ihrem mit großer Eleganz und Gewandtheit ausgeführten Klarinetten Spielen. Und dann Paul Weders mit seinem „Flegelntentencouplet“ und seinem „Hühnerhol“. Man mag noch so ernst gestimmt sein in dieser schweren Zeit, aber Paul Weders verliert es, mit seinem sächselnden Humor den Zuhörer zum Lachen zu reizen. Sein Auge bleibt trocken — vor Lachen.

Aus den Gemeinden.

Güterwirtschaft der Stadt Neutölln.

Die Bewirtschaftung der städtischen Mieselgüter hat seit Kriegsausbruch bei den Groß-Berliner Gemeinden in besonders hohem Maße an Bedeutung gewonnen. Neben ihrer eigentlichen Bestimmung als Aufnahmegebiete für die gewaltigen Mengen von Abfallstoffen aus den Städten sind die Mieselfelder mehr und mehr zu einer Nahrungsmittelquelle geworden. In der Erkenntnis, daß die Versorgung der großstädtischen Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln gegenwärtig als eine der dringendsten Aufgaben der Gemeinde angesehen werden muß, ist von der Neutöllner Stadterwaltung sowohl der Anbau von Halm- und Gartenfrüchten als auch die Vermehrung des Viehbestandes für dieses Jahr auf den beiden Gütern Wajmannsdorf und Hobbinsfelde in größtmöglicher Umlage durchgeführt worden. Schon die in Friedenszeiten erzielten Erträge, wobei zum Teil der Eigenerbrauch nur kleinere Mengen

für den Verkauf übrig ließ, geben ein anschauliches Bild von der Leistungsfähigkeit dieser Landwirtschaften. Rittergut Bahmannsdorf in einer Gesamtgröße von rund 500 Hektar hatte zusammen mit Boddinsfelde, einem aus Ländereien der Rittergüter Brunsdorf und Groß-Machnow gebildeten selbständigen Gutbezirk von insgesamt 862 Hektar, im Jahre 1914 eine Roggenernte von 11 080 Zentnern, die mit 10 000 Zentnern zum Verkauf gelangte. Außer Weizen und Hafer kamen neben Obst und Gemüse vordominierend Kartoffeln (Ertrag 85 000 Zentner), Mören (53 300 Zentner) und Rieselgras (75 000 Zentner) zum Anbau. Die beiden letztgenannten Produkte fanden größtenteils zur Deckung des Futterbedarfs für das auf den Gütern eingeführte Rindvieh Verwendung. Um auch den Milch-ertrag in weitgehendstem Maße zu fördern — im Jahre 1914 gaben 176 Kühe rund 583 000 Liter Milch — hat die Stadt den damaligen Rindviehbestand von 212 Stück ausschließlich Jungvieh durch Einstellung weiterer Milchläge beträchtlich erhöht. Mit Rücksicht auf die allgemeine Fleischknappheit sind inzwischen auf den Gütern auch Einrichtungen zur Schweinemästung getroffen worden.

Das städtische Altersheim in Neukölln.

Mitten im ältesten Stadtteil Neuköllns, im sogenannten böhmischen Dorf, liegen abseits der Straßengasse in der Gärtnersstraße drei kleine Landhäuser, fern vom Straßenlärm und Verkehr. Dem Beschauer mag sich wohl kaum der Gedanke aufdrängen, daß diese Häusergruppe ein Heim darstellt, welches die Stadt Neukölln im Interesse der Wohlfahrt alter Einwohner geschaffen hat. Ihnen soll in diesen sauberen Häusern, die mit ihren gepflegten Vorgärten einen freundlichen Eindruck machen, ein sorgenfreies Unterkommen für die letzten Lebensjahre gewährt und dadurch die Tage des hohen Alters erträglicher gestaltet werden. Aufnahmeberechtigt sind Neuköllner Einwohner über 60 Jahre ohne Unterschied des Standes und der Konfession gegen Zahlung eines Einlaufgeldes von nur 1500 bis 1000 Mark je nach dem Altersjahre. Die Inassen erhalten dafür bis zu ihrem Lebende freie Wohnung, vollständige Verpflegung, ärztliche Behandlung, Arznei und Begräbnis. In diesen Unterhaltungsstellen leistet die Stadtgemeinde alljährlich einen namhaften Zuschuß, da naturgemäß die geringen Einlaufsgelder bei weitem nicht ausreichen, um die erforderlichen Aufwendungen auch nur annähernd zu decken.

Städtische Beratungsstelle in Charlottenburg.

Die Sprechstunden für Geschlechtskranke im Charlottenburger Krankenhaus, Kirchstraße, finden von jetzt an sowohl für Männer wie für Frauen zweimal wöchentlich von 12—1 Uhr, und zwar Dienstag von 12—1 Uhr und Freitag abend von 7—8 Uhr statt.

Lebensmittelverkauf in Pankow.

Die Gemeindeverwaltung hat jetzt mit dem Verkauf der ihr überwiegen und von ihr beschafften Lebensmittel begonnen. Zur Abgabe gelangt auf Nr. 14a der Lebensmittelkarte $\frac{1}{2}$ Pfund Feigwaren zum Preise von 36 und 37 Pf. Ferner wird eine größere Menge Bohnen zum Verkauf kommen. Auf Abschnitt 19 und 19a der Lebensmittelkarte wird je $\frac{1}{2}$ Pfund zum Preise von 12 Pf. abgegeben. Die Abschnitt 20 und 20a berechtigen zum Einkauf von je 100 Gramm geräucherter Speck zum Preise von 0,58 M. Die Karteninhaber sind jedoch verpflichtet, den Speck bei dem für sie zuständigen Schlächtermeister zu entnehmen.

Soziales.

Zur Vordellfrage.

Die „Kriegskorrespondenz“ des evangelischen Predigerbundes für Deutschland bringt folgende Mitteilung zum Nachdenken:

„Soziale, wirtschaftliche und gesundheitliche Erwägungen hindern, die Vordelle in Altona zu schließen. Diese Häuser sind bekanntlich wirtschaftliche Unternehmungen von außerordentlich hohem Ertrag, deren Anlagekapital sich mit 100 Proz. und mehr verzinst. Dazu kommen für die Stadt die hohen direkten und indirekten Steuern, z. B. der enorme Verbrauch an elektrischem Licht, für die Geschäftskunde der große Umsatz an Alkohol in jeder Form und andern Genuss- und Nahrungsmitteln. Die Altonaer Vordelle haben keine Polizeistunde wie die Gastwirtschaften, sondern sind die ganze Nacht geöffnet, so daß nach Schluß der Wirtschaften ein Teil der Besucher in die Vordelle abströmt. Die hohe Rentabilität der Häuser wird dazu benützt, um sie weit über den wirtlichen Wert zu belasten, damit der Unternehmer für neu auftauchende Erfindungen Geld flüssig hat. Eine Schließung der Häuser würde deshalb eine wirtschaftliche Katastrophe herbeiführen. Der sanitäre Wert der Vordelle ohne Unterbrechung auch der Männer begegnet in Stadtkreisen mehr und mehr starken Zweifeln. In Kiel z. B., wo doch gewiß alles getan wird, um die Soldaten vor Ansteckung in den Vordellen zu schützen, wurden im Laufe des Jahres 1909 unter 830 Mädchen 505 Erkrankungsfälle an Geschlechtskrankheiten festgestellt, wie der Bericht über das Gesundheitswesen des Preussischen Staates im Jahre 1909, bearbeitet in der Zentralabteilung des Ministeriums des Innern, mittelt. Ähnliche Zahlen lassen sich aus andern Städten ansprechen.“

Das sind allerdings eigenartige „soziale, wirtschaftliche und gesundheitliche Erwägungen“ zum Schluß von Vordellen. Sie sind in Wahrheit ein Dohn auf soziale Notwendigkeiten, auf das bestehende Strafgesetz und auf hygienische Rücksichten. Vordelle halten ist, auch wenn es polizeilich geduldet oder gar „konfessioniert“ ist, mit Gefängnis und Ehrverlust von unserem Strafgesetz bedroht. Eine nette „wirtschaftliche Erwägung“, die den Schluß einer strafrechtlich verbotenen, hygienisch verderblichen, sozial geradezu verbrecherischen Einrichtung hindert. Die Leute, die solche Erwägungen für gerechtfertigt halten — die „Kriegskorrespondenz“ tut das nicht — müssen auch mit ihrer Konsequenz einverstanden sein: Wucherern, Menschenausbeutern oder Lebensmittelhändlern, Gaunern, Räubern, Münzverbrechern und dergleichen ihr Handwerk nur nicht zu stören, weil das „eine wirtschaftliche Katastrophe“ für die herbeiführen würde, die diese „Geschäfte“ betreiben oder aus ihnen Vorteil ziehen. Vordelle sind eine Schmach für die Leute, die sie halten. Es gibt kaum etwas Schimpflicheres als Zuhälter- und Vordellhaltertum. Der „sanitäre Wert“ von Vordellen ist seit Jahrzehnten als ein lediglich eingebildeter nachgewiesen; in der Tat sind die Vordelle die schlimmsten Verbreiter von Geschlechtskrankheiten. Aber wenn das auch nicht der Fall sein würde, ist die Ausbeutung Prostituierten durch Vordelle eine infame Nichtswürdigkeit. Sie ist vom Strafgesetz, wie das Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung anerkannt hat, s t r a f b a r. Deshalb schlägt man, wenn der Bericht der „Kriegskorrespondenz“ zutrifft, in Altona die Kuppler, wenn sie Vordellhalter sind? Man sollte sie unter Anklage stellen, mit Ehrverlust und Polizeiaufsicht belegen und den armen, in solchen Spielunken festgehaltenen Mädchen Gelegenheit zu christlichem Erwerb geben. Eine Gesellschaftsordnung, die aus „wirtschaftlichen Rücksichten“ solche Kupplereier bestechen läßt oder gar begünstigt, ist eine Ordnung brutaler Ausbeutung und empörender Niedertretung des Menschlichen im Menschen. Ist die Gesellschaftsordnung dazu da, um Kuppler Reichtümer zu verschaffen oder um allem, was Menschenantlig trägt, Licht und Lust, geistige und körperliche Vervollkommnung zu verschaffen?

Gerichtszeitung.

2500 M. Nettogewinn an 145 Schlachtkälbern.

Ein Strafprozeß wegen Kriegspreiswuchers gegen den Viehhändler Emil Vid in Leipzig beschäftigte die Leipziger Strafkammer. Der Angeklagte, der seit 5 Jahren als Viehhändler und Viehhandelskommissionär tätig ist, kaupte Anfang März dieses Jahres auf dem Viehhofe zu Berlin für Leipziger Rechnung 51 Kälber für die Summe von 8004,40 M., die er nach zwei Tagen auf dem Schlachthof und Viehhofe zu Leipzig für 9185,20 M. wieder verkaufte, so daß ihm nach Abzug der bis auf den Schlachthof zu Leipzig betragenden Kosten in Höhe von 167 M., ein Nettogewinn von 1013,80 M. verblieb. Derzeit betrug der Marktpreis für den Zentner Lebendgewicht in Leipzig 128 bis 130 M. für beste Kälber. Diesen hat der Angeklagte durchschnittlich um 10 M. überschritten. Einige Tage später brachte Vid wiederum einen Posten Kälber, diesmal waren es 94 Stück, auf dem Leipziger Viehhofe zum Verkauf, die ebenfalls in Berlin in Verlin erstanden worden waren. Der Ankaufspreis stellte sich auf insgesamt 14 495,10 M., die Gesamtumkosten von Berlin bis Viehhof Leipzig beliefen sich auf 270,70 M., so daß Vid in diesem Falle ein Nettogewinn von 1457,75 M. verblieb. Er hatte somit an 145 Kälbern innerhalb sieben Tagen einen Reingewinn von rund 2500 Mark erzielt. Nach dem Gutachten der Sachverständigen betrug zu Friedenszeiten der normale Verdienst an einem Kalbe und an einem Hammel 8 bis 4 Mark, die Speise abgerechnet, und das Gericht ist der Ansicht, daß in den vorliegenden Anlagefällen erhebliche Preisüberschreitungen stattgefunden haben. Das Gericht erkannte auf 1500 Mark Geldstrafe.

bleibt also noch immer nach Abzug der Strafe als Geschäftsspeisen ein Reingewinn von 1000 Mark. Das nennt man ein Geschäft.

Eine Handdiebin.

Ein altes Schuldkonto, das noch aus dem Jahre 1913 stammt, hatte das Dienstmädchen Martha Richardski gestern vor der Ferienstrafkammer zu begleichen.

Die Angeklagte führte ein abenteuerliches Leben; sie ist viel in der Welt herumgekommen, spricht fertig Englisch und Französisch, hat eine ganze Zeitlang als Steuermann auf großen Seesdampfern ihr Geld verdient, war in England und in Belgien und hat in den verschiedensten Städten Eigentumsveränderungen vorgenommen. So soll sie vor Jahren in einem Hotel in London einen großen Juwelendiebstahl ausgeführt haben. Auch während ihres Aufenthalts in Brüssel ist sie wegen Diebstahls zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt worden, die sie zum Teil verbüßt hat. In Kaden hat sie sich f. B. als Dienstmädchen vermietet, war aber schon nach drei Tagen unter Mitnahme von Schmuckstücken und Kleidern im Werte von 450 M. verschwunden. Von Kaden hatte sie sich nach Berlin begeben und nahm hier kurz hintereinander als Dienstmädchen bzw. Wirtschaftlerin Stellung bei Gast- und Schankwirten an. In allen Fällen hat sie die Gelegenheit zur Ausführung von Diebstählen benützt. So stahl sie bei einem Schankwirt in der Köpenicker Straße während der kurzen Abwesenheit der Frau aus deren Schlafzimmer aus einer Kassetten eine Summe Geldes, die nach der Verhaftung der Bestohlenen zinslos 300 M. betragen haben soll, und eine goldene Uhr nebst Kette in demselben Werte; in anderen Dienststellen ließ sie Kleidungsstücke und Wertgegenstände von weiblichen Mitangehörigen verschwinden. — Da die Angeklagte zur Zeit der Begehung dieser alten Straftaten noch nicht wesentlich bestraft war, verurteilte sie der Gerichtshof nur zu einem Jahre Gefängnis und rechnete ihr auch fünf Monate Untersuchungsfrist an.

Aus aller Welt.

Gut Geld, gut Leben.

Wer Geld hat, braucht noch immer nichts zu entbehren. Für fünf oder sieben Mark kann er in Berlin, soviel er will, dänisches Schmalz kaufen. Reklappheit braucht er ebenso wenig zu fürchten. In verschiedenen größeren deutschen Städten entstehen fürzlich ein Inserat, in dem „beschlagnahmefreies Wehl“ angeboten war. Ein Interessent wandte sich an die betreffende Stelle und erhielt, wie wir unserem Nürnberger Bruderblatt entnehmen, folgende Antwort: Köln-Mülheim, den 13. 6. 1916.

Duntenbach u. Kortlang
(vorm. Hubert Otten)
Getreide-Import- u. Wehl Engros.
Fernsprecher Nr. 2.

Herrn Nürnberg.

Wir offerieren Ihnen freibleibend zufolge Ihrer w. Anfrage: beschlagnahmefreies holländisches Weizenmehl 80 Prozent ausgemahlen zu M. 175,— per Zentner ab hier gegen Nachnahme auf gefl. sofortige Zufage, die wir gerne erwarten. Wir empfehlen uns Ihnen und zeichnen

hochachtungsvoll

Duntenbach u. Kortlang.

Eine Mark fünfundsiebentzig Pfennige für ein Pfund Mehl ist zwar ein bißchen happig — aber für den, der über einige Hunderttausende verfügt, macht das schließlich doch nicht viel aus. Er braucht sich auch nicht um Milch und Butter zu sorgen — die Domäne Edwardshof in der Reumarz erläßt Anzeigen folgenden Inhalts:

„Butter kann geliefert werden gegen Einstellung einer Kuh und Futtergeld. Der Anlauf der Kuh wird besorgt. Dom. Edwardshof bei Granow R.-M.“

Reflektanten auf diese Butterlieferung erhielten, nachdem sie um nähere Angaben gebeten haben, von der Domäne folgenden Bescheid:

„Reine Bedingungen zum Füttern einer Kuh für Sie sind folgende: Zum Anlauf einer Milchkuh müssen Sie mir 3500 Mark überreichen. Die Kuh gehört dann natürlich Ihnen. An Futtergeld haben Sie täglich 2,50 Mark, und zwar ohne Aufforderung, am Schluß eines jeden Monats zu zahlen. Dafür erhalten Sie wöchentlich drei Pfund Butter. Die Kühe, welche sich bei der Butterfabrikation ergeben, gehören mir. Dieser Vertrag soll ein Jahr laufen und, wenn er nicht ausdrücklich verlängert wird, als aufgehoben betrachtet werden. Hochachtungsvoll Pankow.“

Das „Verl. Zgl.“ hat ausgerechnet, daß unter den hier gegebenen Bedingungen das Pfund Butter auf die Kleinigkeit von 28 M. 28 Pf. zu stehen kommt. Sicherlich ein Preis, selbst für die heutigen Verhältnisse nicht ganz normal. Aber das Kriegsgeschäft hat dafür gefordert, daß es eine ganze Reihe von Leuten gibt, die auch so viel anlegen können, ohne den Bankrott fürchten zu müssen. Verfolgen sie ihre Kühe dann noch reichlich mit Milch und Geflügel, die ja für gutes Geld immer noch unbeschränkt im freien Handel zu haben sind, versehen sie sich hinreichend mit den gleichfalls genügend erhältlichen Wärsen voll konservierten Fleischdelikatessen als Abwechslung, — so können sie sich wirklich auch heute noch ein Leben gestalten, das dem im Frieden nichts nachzugeben braucht.

Aufreizung zum Streit in militarisierten Betrieben in Italien.

Vor dem Mailänder Militärgericht ist am 1. Juli gegen den Arbeiter Orioli verhandelt worden, der in einem militarisierten Betriebe seine Mitarbeiter zum Streit aufgereizt und in einer öffentlichen Rede die Disziplinarmaßnahmen des überwachenden Offiziers getadelt haben soll. Da nachgewiesen wurde, daß der Angeklagte sich am Tage der Tat nicht wohl fühlte, wurde verminderte Zurechnungsfähigkeit angenommen. Er wurde daher wegen versuchter Aufreizung zur Fahnenflucht zur Mindeststrafe von zwei Monaten Gefängnis verurteilt. (2)

Das Pech des Dichters.

In der „Ostdeutschen Rundschau“ war kürzlich ein langes Gedicht „Deutschland“ zu lesen. In der ersten Strophe heißt es:

Wie wunderbar bist du, mein deutsches Volk!
Ich kann nur deinen Namen beten,
Und Tränen mir ins Auge treten,
Gedenke ich dein, mein teures, deutsches Volk!

Von den folgenden zwölf Strophen geben wir noch die nachstehende wieder:

Du Volk, du meine Hoffnung, Zuversicht!
Wer sich zu dir darf frei bekennen,
Mit deutschem Namen darf sich nennen,
Der fühlt im Herzen beider Dankesspflicht.

Wertwürdigerweise darf sich aber der Dichter dieses Poems nicht „mit deutschem Namen nennen“, denn er heißt . . . F. C. v. Ruczniska.

Schweres Bootunglück bei Hamburg. Dienstag nachmittag kenterte in der Nähe von Blankenese bei Neversand ein von acht jugendlichen Personen besetztes Segelboot. Trotz sofortiger Rettungsversuche konnte nur ein Knabe gerettet werden.

Die Pilsvergiftung in Dessau, die durch eine Verwechslung von Champignons mit dem überaus gefährlichen Knollenblätterpilz herbeigeführt worden ist, hat zwei weitere Opfer gefordert. Im Kreiskrankenhaus starben noch eine 13- und eine 14-jährige Tochter des Arbeiters Müller. Von dieser Familie sind nunmehr fünf Kinder der Vergiftung erlegen. Im ganzen sind sieben Personen gestorben. Man hofft, die anderen Erkrankten am Leben zu erhalten.

Bestien. In Groß-Tinn wurde, wie aus Breslau gemeldet wird, ein unmenschliches Verbrechen an einem auf Urlaub entlassenen Strafgefangenen begangen. Als der Ackerpächter Schild zu seiner Familie aus dem Gefängnis heimkam, stach ihm sein Sohn mit der Dünnergabel ins Genick. Darauf schlug ihm seine Frau mit einer Holzart auf den Kopf. Die Tochter des Sträflings beschleunigte dann noch den Tod des Ueberfallenen dadurch, daß sie ihm weitere Artiebe beibrachte.

Verhaftung eines Mörderpaars in Rom. In Rom in Westpreußen wurde ein Ehepaar Lange unter dem Verdacht, schwere Einbruchsdiebstähle verübt zu haben, verhaftet. In ihrer Wohnung fand man ein großes Lager gestohlener Sachen. Bei ihrer Vernehmung gestand die Frau u. a. ein, am 28. Januar d. J. mit ihrem Mann zusammen den Rentanten der Romer Kreisstrafanstalt Boed, als dieser den Rasenraum in der Dunkelheit betrat und das Paar bei einem beabsichtigten Einbruch überraschte, ermordet zu haben. Jetzt hat die Frau in ihrer Zelle Selbstmord durch Erhängen verübt.

Beträgerischer Heereslieferant. Die Strafkammer in Frankfurt a. M. verurteilte nach einer Meldung des „Sozial-Anzeigers“ den Fleischwaren-Großhändler Joseph Grubling, der verurteilt wurde, fünfzig an ein Regiment lieferte, zu einem Jahre Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte wurde wegen Blutschuld sofort verhaftet.

200 Opfer des Waldbrandes in Kanada. Aus Toronto wird gemeldet: Bei den Waldbränden in Kanada sind zweihundert Menschen ums Leben gekommen. Der angerichtete Schaden ist sehr groß.

Eine Kinderlähmungsepidemie herrscht nach amerikanischen Plattermeldungen seit Wochen in New York. Meist werden Kinder im jüngeren Alter davon ergriffen, aber auch Personen im Alter bis zu 15 Jahren sind bereits diesem Leiden erlegen. Die Behörden treffen große Vorsichtsmaßnahmen und verbieten wegen der großen Ansteckungsgefahr starke Menschenansammlungen. Zahlreiche Familien flüchten mit ihren Kindern auf das Land. Eine ähnliche Epidemie herrschte auch im Jahre 1907 in New York, doch soll sie diesmal härter aufgetreten sein.

Frauenveranstaltungen.

Künstler Kreis. Frauenabend der 2. und 3. Abteilung. Sonntag, den 6. August: Ausflug nach Waldau-Grunewald. Treffen um 9^{1/2} Uhr vormittag am Prenzlauer Tor, Straßenbahn-Haltestelle. Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Was nach dem Krieg? Neue Wege und Ziele. Von G. Stähmlel. 1 M. — A. Weil, Stuttgart.
Der Osten. Literarische Sammelheft. Herausgegeben von S. Dembker. 1 M. — Verlag L. Kamm, Berlin O.
Waterland und Proletariat. Von Jean Jaurès. Einführung von G. Verneker. 1,50 M. — Christlichsozialer und großdeutscher Bund. Von G. Verneker. 1,50 M. — Demokratie und Weltkrieg. Von G. F. Steffen. 5 M., geb. 6 M. — Verlag G. Diederichs, Jena.
Gesammelte Satiren. Bd. 1. 1903—1913. Von A. D. Heber. 3 M., geb. 4 M. — A. D. Müller, Halle a. S.
Aus Fort und Star. Bergig Kermodeellen von G. Lenz. 4 M., geb. 5 M. — Verlag H. Weigand, Leipzig.
Vollversorgung durch Zwang oder durch Freiheit. Sammlung von Aufsätzen von G. B. Schiele. 72 S. — R. F. Lehmann, München.
Jahrbuch des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes 1914/15. 308 S. — Verlag S. Hübner, Berlin O. 27.
Die Kämpfe Julius Cäsars auf der Albane im letzten Gefechtsbereich sächsischer Truppen. Von Prof. Dr. H. Schloßmann. 90 Pf. F. C. W. Vogel, Leipzig.
Das Räbchen. Vier Robotten von L. Thoma. 3 M., geb. 4,50 M. A. Langen, München.
Kriegsbuch für die Jugend und das Volk. Bd. 7. 1. M. Geb. 1,25 M. Franck, Stuttgart.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, portofrei, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Nachschub und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementaufschrift beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

B. 361. 1. und 2. Rein. — C. 6. 100. Die Eltern können, wenn sie in bedürftiger Lage leben, unter Darlegung ihrer Verhältnisse bei dem Ersatzbataillon des Truppendienstes, zu dem der Kriegsgeldmann eingezogen wurde, Auszahlung der Kriegsgeldzahlung beantragen. — B. 17. 1. Zwei Pflichtkrankenstellen darf man nicht annehmen. 2. Rein. Das statutarische Geld wird gezahlt. 3. Einen Rinderjährigen kann man wegen eines Todeslebens nicht mit Erfolg verklagen. Er kann sich als Rinderjähriger nicht verpflichten. 4. Die Bitter muß falsch angegeben sein. Die Bitter reichen nur bis 78. B bedeutet: bedingt tauglich. — Pankow 51. Das Versicherungsgeld ist Ihr Eigentum und würde im Fall einer Klage Ihnen auch nicht freiwillig gemacht werden können, wenn Sie Ihre Angaben bemerken. — B. 23. 99. Rein. — G. M. 48. 1. In Ihrer Weisungseligenschaft würde, wenn zu ungunsten der Frau von der Unterhaltungskommission entschieden wird, Beschwerde beim Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten eingereicht werden können. Bei Aussicht auf Erfolg hätte die Beschwerde leider nicht. 2. Nach dem Gesetz ist eine Ermäßigung einer Kriegervergütung unzulässig. Jedoch haben wir wiederholt darauf hinweisen müssen, daß die Bundesratsverordnung vom Januar 1916 demnach zur Durchführung solcher Klagen mißbraucht wird. Sollte Ihre Frau eine Klage erhalten, so soll sie mit derselben und der „Vorwärts“-Mitteilung in der juristischen Sprechstunde vorprechen. — B. 2. 999. 1. Die betreffende Zeitung ist in allen Buchhandlungen und Zeitungskiosken zu kaufen. Sie besonders zu empfehlen, sind wir nicht in der Lage. 2. Rein, nicht mehr vorhanden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Hiemlich warm und schwül, vorwiegend übermäßig bewölkt und im Norden, besonders an der Küste, leichte Regenfälle. Stille, weite Gewässer.

Verkauf ohne Bezugsschein:

A. WERTHEIM

Verkauf ohne Bezugsschein:

Herren-Wäsche

Sporthemden weiß, Panamastoff, loser Kragen, Klappmansch.	5.90
Oberhemden farbig, Perkal mit Manschetten	5.50
Oberhemden farbig, Perkal mit losen Manschetten	6.25
*Oberhemden farbig, guter Zephir mit Manschetten	8.75
*Herrenkragen umgelegte Ecken 6 cm hoch, Leinwand 1/2 Dtz.	4.80
*Stehumlegekragen verschied. Höhen 1/2 Dtz.	5.40
*Stehumlegekragen weich, weiß Panamastoff 1/2 Dtz.	3.60

Krawatten u. Hüte

*Selbstbinder einfarbig, gute Seide, Doppelseitig oder offen	1.45
*Selbstbinder Seidenoulard extra lang, offen	1.45
*Selbstbinder gestrickt, verschiedene Muster	1.45
*Stroh Hüte runde Form, verschiedene Ge- sechte	6.50
*Stroh Hüte weiche Form	2.75 4.50
*Weiche Filzhüte verschied. Farben	5.50
*Spazierstöcke braunes Rohr	2.90

Herren-Socken

Baumwolle makofarbig	0.33 0.60
Baumwolle schwarz od. ledfarbig	0.35 0.65
Schweiß-Socken grau, fein	0.75 1.25
Schweiß-Socken grau, stark	0.95 1.25
Wolle schwarz, gewebt	1.10 1.90
Wolle naturfarbig, gewebt	1.50 2.40
*Roh-Seide	1.90
*Seide mit Florsoble, feinfarb.	2.50

Herren-Kleidung

Herren - Jackett - Anzüge

Herren - Paletots

Beinkleider

Wettermäntel

Sport-Anzüge

Lüster - Jacketts

Leinene Joppen

Tennishosen

in großer Auswahl.

Maß-Anfertigung

Solide haltbare Stoffe
Gute Verarbeitung — Tadelloser Sitz

*Jackett-Anzüge von 108 M. an

*Rock u. Weste .. von 98 M. an

*Beinkleider von 27 M. an

*Jackett - Anzüge

63 und 72 M.

*Regenhaut-Mäntel

14.50

*Gestreifte Beinkleider

18.50 M.

*Herren-Handschuhe

Schweden-Ersatz farbig, 1 Druckkn.	0.75
Zwirn farbig, 1 Druckknopf	0.85
Leinen-Ersatz farbig, 1 Druckknopf	1.45
Glacé farbig, 1 Druckknopf	1.85
Glacé farbig, gesteppt, 1 Druckknopf	1.85
Schweden starke Qualität, als Militärhand- schuhe geeignet, 1 Kn. od. 1 Druckkn.	2.90
Chromstepper rot, Innen weiß, als Militärhandschuhe geeignet, 2 Druckkn.	3.90

*Herren - Schnürstiefel

Boxcalf, Chromleder, Chevreau
in verschiedenen Ausführungen
und Preislagen.

*Zigarren

Franz Joseph Sumatra, mild 50 Stück	4.00
Pikant Sumatra-Brasil . . . 100 Stück	8.00
Ehrender Lohn Sum.-Felix Bras. 50 Stück	4.75
Predilectos Mexicanos 100 Stück	9.50
Helmoso Sumatra-Hav.-Brasil 50 Stück	5.70
Gipfelfeuer Sumatra-Havanna 50 Stück	7.15
Adopot pikant und würzig 50 Stück	8.55
Santa Rosa hochf. Sum.-Hav. 50 Stück	9.50

Berlin - Gold

Qualitäts-Zigarette . . . 3 1/2 und 6 Pf.

Lebensmittel

Donnerstag, soweit Vorrat.

Obst

Wein-Trauben weiß u. blau Pfund	80 Pf.
Essäpfel Pfund	50 Pf.
Kochäpfel Pfund	28 38 Pf.
Preisselbeeren Pfund	42 Pf.
Saure Kirschen ohne Stiele Pfund	33 Pf.
Melonen Pfund	35 u. 60 Pf.
Zitronen Dtzd.	48 u. 58 Pf.
Tomaten Pfund	50 u. 75 Pf.
Bananen Pfund	1.20

Tafelbirnen

Johannisbeeren
Stachelbeeren

Schellfische Pfund 50 Pf. an

Rotzungen Pfund 60 Pf. an

Kabllau in ganzen Fischen . . Pfund 85 Pf.

Seelachs in ganzen Fischen . Pfund 85 Pf.

Lebende Aale zu Tagespreisen

Ahlbecker Flundern Pfund von 1.20 an

Schellfische geräuchert . . . Pfund 90 Pf.

Lachsheringe Stück 55 Pf.

Kräuterkäse nur Leipziger Str. . . Pfund 1.20

Grüne Heringe Pfd 75 Pf.

Horn-Aale Stück 25 Pf. an

Lebende Krebse

Mandel 1.25 2.25 3.00 4.00 5.00

Große Krebse Stück 50 Pf.

Fettheringe Stück 20 Pf.

Große Fettheringe Stück 60 Pf.

Salzheringe extra groß Stück 35 Pf.

Neue Matjes-Heringe St. 25 30 35 Pf.

Junge Gänse, Enten, Hühner, Tauben nur Leipziger Straße

Pflaumenmus Pfund 95 Pf.

Gemüse

Weißkohl Pfund	7 Pf.
Wirsingkohl Pfund	12 Pf.
Kohlrabi Pfund	12 Pf.
Mohrrüben ohne Kraut, Pfd.	12 u. 15 Pf.
Schoten Pfund	12 u. 25 Pf.
Grüne Bohnen Pfund	23 Pf.
Dicke Bohnen Pfund	14 Pf.
Gurken Stück	10 15 25 Pf.
Radieschen 3 Bund	10 Pf.
Blumenkohl Kopf	25 35 50 Pf.
Salat 3 Köpfe	10 u. 15 Pf.

Allgemeine Familiensterbekasse zu Berlin.

Sonntag, den 6. August 1916, vormittags 9 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Max Wehle, Gerichtstr. 12/13:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

- Bericht des Vorstandes pro 1915/16.
- Rassenbericht des Rentanten und Bericht der Rediforen.
- Festsetzung der Entschädigung für den Vorstand und die Rediforen.
- In welchen Zeitungen die Bekanntmachungen der Kasse stattzufinden haben.
- Neuwahl der ausfallenden Vorstandsmitglieder. — Zu wählen sind: Erster Vorsitzender, Stellv. Schriftführer, ein Beisitzer, ein Redifor (Er-gänzungswahl).
- Beisetzendes.

Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung des Duldungsbuches gestattet; auch ist die Anwesenheit der Frauen erwünscht.

Der Vorstand.

3. K.: Ditto Rosenarten, Vorsitzender,
Genter Str. 57.

285/14

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Schlichter

Gustav Schmidt

am 30. Juli an Lungenerkrankung
gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am
Freitag, den 4. August, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichshagen aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
190/18 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Schlichter

Felix Gracinski

Große Frankfurter Straße 12
im Alter von 55 Jahren ge-
storben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 3. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Friedhofes der Blutgemeinde
in Wilhelmshagen aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
89/10 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.

Den Mitgliedern fernher zur
Nachricht, daß unser Kollege,
der Schlichter

Heinrich Wittig

Reußlin, Riemstr. 1
im Alter von 59 Jahren ge-
storben ist.

Ehre seinem Andenken!

89/10 Die Ortsverwaltung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.

Ortsverwaltung Neukölln.

Am 30. Juli starb die Frau
unseres Kollegen Herrlich,

Elise Nerrlich

geb. Tolkmann

Stegfriedstraße 46/47.

Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 3. August, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des neuen Jakob-Friedhofes aus
statt.

Rege Beteiligung erwünscht
74/13

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.

Begleit Noabit.

Am 30. Juli starb unser Mit-
glied, der Hilfsarbeiter

Gottlieb Leipe.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 3. August, nach-
mittags 2 1/2 Uhr, auf dem Ber-
liner Gemeinde-Friedhof in
Stahnsdorf statt.

142/13 Die örtliche Verwaltung.

Spezialarzt

für Haut-, Darm-, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Beinfraktur jeder

Art, Ehrlich-Gata-Kuren,

Friedrichstr. 81, gegenüber

Sprachl. 9-11, 1/2, 3-1/2, 9, Sonntag

11-9. Honorar mäß., a. Teilzahl.

— Separates Damenzimmer. —

Kennen Sie die Wohlfat

einer Leibbinde?

Sämtliche Systeme am Lager
resp. nach Maßanfertigung sowie

Bruchbandagen aller

Art.

Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege

Pollmann, Bandagist

Berlin N., Lothringer Str. 60.

Lieferant für Krankenkassen.

DRUCK ARBEITEN

In guter Ausführung
VORWÄRTS

Buchdruckerei und Verlag
SW. 68 Lindenstraße 3

Trotz Warenknappheit
sind meine Lager in
Teppichen, Möbelstoffen,
Gardinen, Steppdecken,
Tisch- u. Diwanddecken etc.
noch reich sortiert!!
Viele Artikel
zu alten Preisen!!
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin-Süd. Seit 1882
nur Oranienstr. 158.

Als Opfer des Weltkrieges fiel
am 17. Juli 1916 durch Kopf-
schuß im Gefecht mein lieber,
berzenguter Mann, der Land-
sturmmann 10445

Wilhelm Wehnert
Ref.-Inf.-Regt. Nr. 35, 5. Komp.
Dies zeigt in tiefem Schmerz
an die trauernde Witwe

Frau Charlotte Wehnert
nebst Schwiegermutter, Brüdern,
Geschwistern u. allen Verwandten.

Du bist so schwer von uns ge-
schieden in danger Ahnung auf
ein Wiedersehen. Als Geld bist
Du im Kampf geblieben, doch
kann kein Sturm Dein liebes
Bild verwischen. Beilagt, beweint
von Deinen Lieben, zu früh hat
Dich der Tod ertötet, das Schicksal
traf uns schwer. Wenn auch die
Zeit die Wunden heilt, vergessen,
ach nein, nimmermehr. In Deinem
Brief da schriebst Du es
nieber: In die Heimat möcht
ich wieder! Doch es ist vorbei,
es kann nicht mehr geschehen, wie
Du es immer lehrtest, geliebtes
Wiedersehen. Wer ihn gelannt,
wag um ihn weinen.

Die Trauernde.

Spezialarzt
für Haut-, Darm-, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Beinfraktur jeder
Art, Ehrlich-Gata-Kuren,
Friedrichstr. 81, gegenüber
Sprachl. 9-11, 1/2, 3-1/2, 9, Sonntag
11-9. Honorar mäß., a. Teilzahl.
— Separates Damenzimmer. —